

SPERTE  
LIBRARY



LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER  
LIBRARY

# Die Kommunistische Internationale

27 / HEFT 26

BERLIN, DEN 28. JUNI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Die Imperialisten an der Arbeit / Jules Humbert-Droz: Von der „Magna Charta der Arbeit“ bis zur jüngsten Mussolini-Rede / Hans Günther: „Die Sozialdemokratie jubelt Chamberlain zu“ / K. S.: Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxismus-Leninismus / Sawdar: Die Arbeiterklasse Indiens / Bücher- und Zeitschriftenschau

HEFT 26

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 26 28. JUNI

## I N H A L T

|  | Seite |
|--|-------|
| Die Imperialisten an der Arbeit . . . . .  | 1245  |
| Humbert-Droz: Von der „Magna Charta der Arbeit“ bis zur jüngsten<br>Mussolini-Rede : : : . . . . .             | 1249  |
| Günther: „Die Sozialdemokratie jubelt Chamberlain zu“ . . . . .  | 1258  |
| Boschkowitsch: Die Kriegsgefahr in Jugoslawien . . . . .   | 1263  |
| K. S.: Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxis-<br>mus-Leninismus (Fortsetzung) . . . . . | 1271  |
| Sawdar: Die Arbeiterklasse Indiens . . . . .   | 1282  |
| — r — : Die Schaukelpolitik der deutschen Bourgeoisie . . . . .  | 1292  |

## P R E I S

|                                    |                 |
|------------------------------------|-----------------|
| Einzelheft . . . . .               | Reichsmark 0,30 |
| Per Kreuzband . . . . .            | 0,40            |
| Postabonnement monatlich . . . . . | 1,—             |
| Per Kreuzband monatlich . . . . .  | 1,25            |
| Postabonnement Quartal . . . . .   | 3,—             |
| Ausland: Sowjet-Union . . . . .    | 3 Rubel Quartal |
| Vereinigte Staaten . . . . .       | 2 Dollar        |

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweig-  
stelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den  
Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto  
Berlin 55 547.]

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY  
HAMBURG BERLIN

## DIE IMPERIALISTEN AN DER ARBEIT

Soeben ist das Treffen der Imperialisten in Genf zu Ende gegangen, das unter der Flagge der Organisation eines antisowjetistischen Blocks durchgeführt worden ist. Die erste Geige im Konzert der sechs Mächte, die durch die bürgerlichen Politiker aller Schattierungen vertreten waren, von der schlottrigen Reaktion angefangen bis zu den Sozialverrätern, spielte natürlich der Träger der Friedensprämie des Nobelpreises, der Lobpreiser der Erschießungen von Schanghai und Nanking, der Minister des Aeußeren der Diehard-Regierung — Sir Austen Chamberlain.

Die Beratungen hinter den Kulissen, die so charakteristisch sind für den Völkerbund der kapitalistischen Staaten, fanden reichlichen Stoff in den Versuchen Englands, eine Kampagne gegen die Sowjetunion zu entfalten und die so glanzvoll mit den Ueberfällen in Peking und London begonnene Sicherung des Friedens in Europa zu fördern und die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die im Gefolge des imperialistischen Weltkrieges verlorengegangen sind, wiederherzustellen.

Der Schönredner der englischen Bourgeoisie, der den Schlag gegen die Sowjetunion mit der Erdrosselung der eigenen Arbeiterklasse kombiniert, wobei er die Stimmungen der Konferenzteilnehmer genau in Rechnung stellte, die durchaus nichts dagegen hätten, mit einem fertigen Plan eines geschlossenen Kampfes gegen das Proletariat und seine Avantgarde, die Kommunistische Partei, nach Hause zurückzukehren, bog die Frage des unmittelbaren Kampfes gegen die Sowjetunion um in eine Frage des Kampfes gegen die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale, die im Lande der Sowjets ihr Bürgerrecht erhalten hat.

Und wenn trotzdem aus den Beratungen in Genf nicht eine Neuauflage eines sowjetfeindlichen Blocks entstanden ist und die Unterhändler gezwungen waren, sich auf Versicherungen zu beschränken, daß sie bereit seien, untereinander mit allen zulässigen Mitteln der Polizeinformationen gegen die Komintern sich zu unterstützen (wir werden daran denken, daß auch Herr Vandervelde einen solchen Hannibalschwur getan hat!), so ist daran durchaus nicht etwa der Mangel an Bereitschaft schuld, mit allen Mitteln — bis zur Anwendung faschistischer Methoden — mit den fortgeschrittenen Arbeitern abzurechnen, sondern das gegenseitige Mißtrauen der kapitalistischen Regierungen, das bei allen Beratungen gemeinsamer Fragen in Erscheinung getreten ist.

Der Kampf gegen die Komintern ist eine ausgezeichnete Sache, denkt der Kollege Sarraut, der vor einigen Tagen unseren Genossen Semard, den Generalsekretär der französischen Kommunistischen Partei, der Freiheit beraubte und drauf und dran ist, das gleiche mit Genossen Doriot zu tun; — aber insofern die Frage auf gemeinsame Aktionen gegen die Sowjetunion hinausläuft — wäre es da nicht besser, den ganzen Komplex der Fragen auf einer besonderen Konferenz zu beraten? Die Berechnungen Briands sind durchaus richtig. Die Schaffung einer sowjetfeindlichen Koalition ist in erster Linie ein Plan der englischen Imperialisten. Sie fühlen sich be-

sonders bedrückt, weil an China ein proletarischer Staat grenzt, aus dem die chinesische Revolution ihre moralische Kraft und Unterstützung schöpft. Warum sollte man da diese Verhältnisse nicht ausnutzen, um durch Teilnahme am Kampfe an der Seite Englands reale Kompensationen von der konservativen Regierung zu erlangen? Die französische Bourgeoisie macht ihre Vorschläge, die in dem Artikel des bekannten bürgerlichen Publizisten Sauerwein im „Matin“ ihren Ausdruck gefunden haben, hetzt ihre Presse gegen die Sowjetunion und versucht den Eindruck zu erwecken, als sei sie bereit, Hand in Hand mit England vorzugehen, sobald die Voraussetzungen geschaffen sein werden, über die Doumergue in London verhandelte.

Der Standpunkt der deutschen Bourgeoisie ist komplizierter, obwohl sie in gleicher Weise bereit ist, nicht nur mit ihrer eigenen kommunistischen Bewegung abzurechnen (wenn sie dazu stark genug sein sollte!), sondern auch andere Staaten dabei zu unterstützen.

Die deutsche Bourgeoisie weiß noch nicht, um welchen Preis sie ihre Teilnahme am sowjetfeindlichen Block verkaufen könnte. In dieser Beziehung ist charakteristisch die Bemerkung Stresemanns über die Gegensätze, die zwischen dem Ministerium des Aeußeren und dem Ministerium des Innern bestehen.

Auf einen Bruch mit der Sowjetunion ausgehen — und niemand zweifelt daran, daß die Forderung der Vertreibung der Kommunistischen Internationale aus Moskau von der Regierung des proletarischen Staates mit Entzweiung abgelehnt werden wird! —, bedeutet für Deutschland den Verlust eines außerordentlichen Faktors der deutschen Außenpolitik, von dem in bedeutendem Maße ihre Selbständigkeit abhängt. Deutschland kann nur darauf eingehen, wenn die ihm durch die Organisatoren des sowjetfeindlichen Blocks in Aussicht gestellten Kompensationen direkte und bedeutsame Vorteile bringen. Die Befreiung des deutschen Territoriums von ausländischen Besatzungstruppen könnte der Preis sein, um den die deutsche Bourgeoisie die nationalistisch gestimmten kleinbürgerlichen Massen auf ihre Seite zum Kampfe gegen das Proletariat bringen könnte. Solange Frankreich, das durch den deutschen Revanchegeanken eingeschüchtert ist, nicht dazu bereit ist, kann Deutschland sich in den Mantel des Edelmutts hüllen und den Verträgen von Rapallo und Berlin Treue schwören.

Der Versuch Chamberlains, bereits jetzt in Genf eine sowjetfeindliche Entente zu zimmern, endete infolge der großen Meinungsverschiedenheiten der Teilnehmer mit einem Mißerfolg. Dieser Versuch aber ist überaus bedeutsam wegen der Methoden, die dabei angewandt worden sind. Die Bemühungen, den sowjetfeindlichen Charakter der beabsichtigten Intervention abzuschwächen und die Sache so hinzustellen, als ob es sich „bloß“ um einen Kampf gegen die Komintern handle, zeigt, daß die Hoffnungen der Reaktion, die öffentliche Meinung gegen den Sowjetstaat zu mobilisieren, sich nicht gerechtfertigt haben. Die werktätigen Massen, ohne die eine Intervention nicht durchzuführen ist — jedenfalls müssen diese Massen mindestens die passive Rolle eines Beobachters spielen, solange die Reaktion den direkten Vollstreckern der Kriegspläne, den Randstaaten, hilft —, sehen in der Sowjetunion das Land der Werktätigen. Und das ist von ausschlaggebender Bedeutung. Eine andere Sache — so denken die Imperialisten —

ist die Komintern. Die jahrelange Unterstützung durch die sozialverräterischen Führer und die Zusammenarbeit der Bourgeoisie mit ihnen gibt dieser die Hoffnung, daß im gegebenen Fall die Zersplitterung der Arbeiterklasse in verschiedene Gruppen unter vorwiegendem Einfluß der Reformisten erfolgreich durchgeführt werden wird. Die Bourgeoisie rechnet darauf, daß das Beispiel der Labour Party in England, die wiederholt erklärte, der Hauptfeind seien die Kommunisten und erst nachher käme die Bourgeoisie, daß solche Aeußerungen, wie die Aufforderung Renaudels an die sozialistischen Wähler, ihre Stimme nicht für die Kommunisten abzugeben, auch wenn die Gefahr besteht, daß ein bürgerlicher Kandidat durchkommt, daß der empörende Standpunkt des „Vorwärts“, der während des letzten Konfliktes zwischen der Sowjetunion und England eine viel niederträchtigere Stellung einnahm als die schlimmste gelbe bürgerliche Presse —, die Bourgeoisie rechnet darauf, daß alle diese Aeußerungen des ausgesprochenen Verrats der Führer von den irreführten Arbeitermassen nicht durchschaut werden würden und daß die Arbeiter Englands, Frankreichs, Deutschlands und anderer Länder, sobald die Bourgeoisie die Losung des Kampfes gegen die Sowjetunion als die Beschützerin der Kommunistischen Internationale ausgeben wird, bei dieser Fragestellung den sowjetfeindlichen und antiproletarischen Charakter des Angriffs nicht verstehen werden und die Bourgeoisie unter Mithilfe der Sozialverräter ihr dunkles Geschäft werden vollenden lassen.

Gegenüber dieser Gefahr für den Frieden darf man nicht die Augen verschließen. Wenn im Weltkrieg von 1914 die Sozialreformisten aus der II. Internationale es fertigbrachten, die Arbeitermassen unter der Parole der Vaterlandsverteidigung zu betrügen, so versuchen dieselben Verräter am Sozialismus im Jahre 1927 der Bourgeoisie dadurch zu helfen, daß sie behaupten, der Kampf gehe nicht gegen den proletarischen Staat, sondern nur gegen die Kommunistische Internationale. Die Aufgabe der Kommunistischen Parteien besteht jetzt darin, Aufklärung unter den Massen zu schaffen über den Sinn der vorbereiteten Intervention. Der Arbeiterklasse der ganzen Welt muß es klar sein, daß die Bourgeoisie mit dem Schlag gegen die Kommunistische Internationale, gegen die Sowjetunion, zugleich einen Schlag gegen die internationale Arbeiterbewegung führen will, von dem die Arbeiterbewegung auf lange Zeit nicht imstande sein wird, sich zu erholen.

Im Kampfe gegen die Arbeiterklasse, gegen die revolutionäre Bewegung der unterdrückten Völker wendet die Bourgeoisie die verschiedensten Waffen an — ebenso auch in dem gegebenen Falle, wo die Sowjetunion das Objekt des Angriffs ist.

Die Bourgeoisie, die die Losung des Kampfes gegen die sogenannte „Propaganda“ herausgibt — als eine Losung für die Massen, bei deren Durchführung der Sozialreformismus keine unbedeutende Rolle zu spielen hat —, entfaltet gleichzeitig eine Verleumdungskampagne aus Anlaß der Erschießung von 20 ausgesprochenen Konterrevolutionären, Spionen und Organisatoren, den physischen Vollstreckern terroristischer Attentate gegen Führer der Sowjetunion und gegen das Eigentum des Staates, obwohl das einfach ein Akt des Selbstschutzes des proletarischen Staates war. Am charakteristischsten ist die Tatsache, daß die sozialistische Presse in ihrem

Eifer, die USSR zu beschmutzen, nicht nur nicht hinter der bürgerlichen Presse zurückbleibt, sondern sogar versucht, sie zu überbieten. So zum Beispiel bringt der „Populaire“ einen Artikel Kurt Rosenfelds, in dem dieser behauptet, daß die Sowjetunion am Vorabend des Bürgerkrieges stehe, daß die Bolschewiki in Panik geraten seien und daß die Wiederaufnahme des Terrors die Rechtfertigung sei für die Bildung der sowjetfeindlichen Front, die diplomatische und finanzielle Blockade der Sowjetunion und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Weltreaktion, die den Kommunismus in der Sowjetunion mit dem Sozialismus identifiziere.

Wenn das polnische Gericht durch seinen Urteilsspruch das Verbrechen des weißgardistischen Mörders am Vertreter des proletarischen Staates in Warschau deckt, so findet die sozialistische Presse aus diesem Anlaß kein Wort der Entrüstung.

Es handelt sich nicht um das Blut Kowerdas. Aber jeder ehrliche Revolutionär wird sich sagen müssen, wenn die Wahl besteht zwischen dem Untergang eines gedungenen weißgardistischen Mörders und dem Untergang proletarischer Kämpfer, deren Leben von einem Haufen Banditen bedroht wird, die durch den Urteilsspruch des Warschauer Außerordentlichen Gerichts ermuntert worden sind, so kann es kein Schwanken geben. Der Klassenkampf ist eine rauhe Sache, und hier ist kein Platz für Sentimentalitäten. Die Interessen der Revolution stehen höher als alles andere.

Wenn man sich daran erinnert, daß kommunistische Jugendgenossen — die ehrlichsten und besten — ihr Leben lassen mußten, weil sie Provokateure beseitigten, die sich in die Reihen der Revolutionäre eingeschlichen hatten, um sie der Polizei auszuliefern, so mutet der Urteilsspruch über Kowerda wie Hohn und Spott an.

Anstatt den Mörder zu bestrafen, ermutigen die polnischen Junker, die polnische Bourgeoisie durch ihren Urteilsspruch die weißgardistischen Mörder und rufen der ganzen weißgardistischen Welt zu: folget seinem Beispiel.

Die Arbeiterklasse sieht in dem Spruch des Außerordentlichen Gerichts abermals ein krasses Beispiel der kapitalistischen Klassenjustiz. Das bürgerliche Gericht, das bürgerliche Gesetz ist kein Schutz für den Proletarier. Der Proletarier kann sich nur mit seiner eigenen Faust schützen.

Nur unter der Führung der Kommunistischen Internationale, nur mit Unterstützung der Arbeiterklasse der Sowjetunion, werden die Proletarier aller Länder ihren Klassenfeinden mit der proletarischen Faust den letzten Schlag versetzen.

JULES HUMBERT-DROZ:  
 VON DER „MAGNA CHARTA DER ARBEIT“  
 BIS ZUR JÜNGSTEN MUSSOLINI-REDE

Während unsere italienischen Genossen beschwören, daß das italienische Proletariat trotz der faschistischen Gewerkschaftsdemagogie und des furchtbaren Drucks der Regierung, der Herrschaft Mussolinis in tiefster Feindschaft gegenübersteht, denken viele unserer Genossen, daß die italienische Kommunistische Partei die Positionen unterschätzt, die der Faschismus in der Masse der Arbeiterschaft erobert hat. Sie glauben, daß, wenn eine heroische revolutionäre Minderheit dem Klassenkampf treu bleibt, die große Masse der Arbeiterschaft, nachdem sie durch die Reaktion demoralisiert, durch die Reformisten verraten und im Stich gelassen wurde, sich für die faschistischen Theorien über den Korporationsstaat und über die Zusammenarbeit der Klassen einfangen ließ und sich schließlich den Korporationen angeschlossen hat. Wir haben hier bereits ausgeführt\*, daß der italienische Imperialismus, jung und arm wie er war, keinerlei ökonomische Möglichkeit hatte, eine Arbeiteraristokratie zu schaffen und zu korrumpieren, und daß das Experiment mit den Gilden (Korporationen) ein kläglicher Fehlschlag gewesen ist. Wir finden heute die Bestätigung für diese Niederlage in der jüngsten Rede Mussolinis. Aber bevor wir dieses Geständnis aus dem Mund des Duce selbst zitieren, müssen wir den Riesenschwindel der faschistischen Arbeitsgesetzgebung ins rechte Licht setzen.

Am 21. April, dem Jahrestag der Gründung Roms, der in Italien die Demonstration des 1. Mai ersetzen soll und zum Nationalfest der Arbeit proklamiert worden ist, veröffentlichte der Große Faschistische Rat — mit dem Zirkustamam, das alle seine Handlungen begleitet — die „Magna Charta der Arbeit“, als Gabe des reaktionären bürgerlichen italienischen Staates an die Arbeiterklasse.

Die „Magna Charta“ ist ein Ausfuhrartikel, der dazu dienen soll, das faschistische Regime vor der öffentlichen Meinung der ganzen Welt als Wohltäter der Arbeiterklasse hinstellen und über seine Verbrechen und über die neue Unternehmeroffensive gegen die Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit den trügerischen Schleier des Arbeiterschutzes zu breiten.

In Italien blieb die Arbeiterklasse diesem Taschenspiel gegenüber gleichgültig. Es wurde genau in dem Augenblick ausgeführt, wo die italienische Wirtschaftskrise, die durch die Revalorisation der Lira verschärft wurde, gesteigerte Arbeitslosigkeit in den hauptsächlichsten Industrien des Landes hervorrief (Textilindustrie, Automobilbau), und wo das Unternehmertum, das von dem faschistischen Staat, der ihm zu voller Verfügung steht, gestützt wird, eine neue Offensive gegen die Löhne vorbereitet unter dem Vorwand, daß die revalorisierte Lira eine Preissenkung und eine Anpassung der

\* Vgl. Kom. Int., Heft 14, Artikel des Verfassers: „Der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung Italiens.“

Löhne nach sich ziehen müsse. Indessen hat die revalorisierte Lira auf dem inneren Markt ihre Kaufkraft nur sehr unwesentlich erhöht, und die Preissenkungen, die den Kleinhändlern durch eine Unmenge von Dekreten und unter Androhung von Deportationen aufgezwungen wurden, entsprechen keineswegs der Senkung der Löhne, die ihnen übrigens vorausgegangen ist. Denn während die Faschisten den Kleinhändlern Preissenkungen aufzwingen, ermächtigen sie die Hausbesitzer, die Mietpreise von 1914 um das Fünffache zu erhöhen, wodurch allenthalben eine beträchtliche Steigerung der Mieten hervorgerufen wurde. Für den Arbeiter bedeutet also die Preissenkungswelle, welche die Regierung erzwingen will, indem sie die Kleinhändler terrorisiert, eine Steigerung der Lebenshaltungskosten.

In dem Augenblick, wo die vom Staat gestützte Unternehmeroffensive gegen die Löhne ihren Höhepunkt erreicht hatte, in dem Augenblick, wo der Staat die Mieter der Raubgier der Hausbesitzer auslieferte, wurde die „Magna Charta“ verkündet. Sie konnte keinen italienischen Arbeiter täuschen. Die wilden Streiks, die trotz der gewaltsamen polizeilichen Unterdrückung um diese Zeit ausbrachen, bezeugen, daß die Arbeiterklasse ihr Heil allein von ihrer Klassenkampffaktion und nicht von der Großmut ihrer Häscher erwartet.

### Der Inhalt der Magna Charta

Wir müssen den Inhalt der „Magna Charta“ im Lichte der allgemeinen Theorien und der Praxis der faschistischen Gewerkschaften analysieren.

Das ganze Gebäude beruht auf dem Prinzip der Solidarität und Zusammenarbeit der verschiedenen Gesellschaftsklassen. Die faschistischen Korporationen, die in einem staatlichen Organismus Arbeitergewerkschaften und Unternehmersyndikate zusammenfassen, haben die Funktion, die Interessen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten zu „koordinieren“ und zu „harmonisieren“. Da die dröhnende Verkündigung der Klassensolidarität im Produktionsprozeß ebensowenig wie die Verabreichung von Rizinusöl die unaufhörlich sich wiederholende Tatsache der Arbeitskonflikte und des Klassenkampfes aus der Welt schaffen konnte, hat das faschistische Regime den Staat — in der Gestalt des Korporationsministeriums — zum Schiedsrichter zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten gemacht. Aber der Schiedsrichter ist durchaus nicht unparteiisch, denn der Staat steht niemals über den Klassen und ihren Interessen, er ist immer das Instrument einer Klasse, und der faschistische Staat ist das gewalttätige und diktatorische Instrument der italienischen Großbourgeoisie. Wenn manche Staaten sich bemühen, die Maske der Demokratie und der Objektivität vorzuhalten, und so einen Teil der Arbeitermassen täuschen können, kann hingegen niemand sich Illusionen über die Rolle des faschistischen Staates hingeben. Das Prinzip der Zusammenarbeit der Klassen unter dem väterlichen Schiedsspruch des Staates ist immer ein Betrug an der Arbeiterklasse. In Italien ist es eine zynische Komödie, die die Ausbeutung des Proletariats über alles Maß hinaus steigern soll.

Alle Bestimmungen der „Magna Charta“, die die Rolle des Korporativstaates als schützenden Regulator der nationalen Produktion, als höchsten Schiedsrichter zwischen Arbeitern und Unternehmern behandeln, zielen nur darauf ab, durch ein offizielles Gesetz die vollständige Versklavung der



Arbeiterklasse an die einheimischen Großkapitalisten und durch ihre Vermittlung an das englische und amerikanische Finanzkapital, das mehr und mehr Kapital in Italien investiert, zu rechtfertigen.

Wir müssen auch die Beziehungen zwischen dem faschistischen Staat einerseits, den Gewerkschaften und der faschistischen Partei andererseits untersuchen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse stellt oft billige Vergleiche zwischen den faschistischen und den bolschewistischen Methoden an. Selbst in unseren Reihen finden solche Vergleiche ein Echo. Danach soll Mussolini zugunsten der Bourgeoisie dieselben Regierungsmethoden anwenden, die die Bolschewiki zugunsten der Arbeiterklasse anwenden. Der Vergleich ist absolut falsch. Schon die Tatsache, daß es sich um einen anderen Klasseninhalt handelt, daß der Staat in Italien im Dienst einer Minderheit von Ausbeutern gegen die große Masse der Arbeiterschaft steht — die für den Produktionsprozeß selbst benötigt wird — und in der USSR im Dienst der Gesamtheit der Arbeiterschaft gegen eine Minderheit von Ausbeutern, die aus dem Produktionsprozeß vertrieben wurden und von denen nur noch Trümmer vorhanden sind, die mit dem Aufbau des sozialistischen Staates verschwinden werden, beweist, daß selbst die Methoden der Diktatur absolut verschiedene sind. Die faschistische Diktatur rechnet mit dem Nebeneinanderbestehen der verschiedenen Klassen und bemüht sich, die zahlreichere unter die scharfe Ausbeutung einer Minderheit zu beugen, die Diktatur des Proletariats strebt danach, die letzten Spuren der Kapitalistenklasse auszurotten. Dieser grundlegende Unterschied findet einen bedeutsamen Ausdruck in den Beziehungen zwischen dem Staat und der Regierungspartei. In der USSR übt die Partei des Proletariats, die Kommunistische Partei, und üben die Organisationen der Arbeiterklasse eine direkte Kontrolle über den Staat aus. Vermittels seiner Organisationen leitet das Proletariat den Staat zu seinem Nutzen. Das Zentralkomitee der Partei gibt der Regierung die politischen Direktiven, die Arbeitergewerkschaften ernennen den Arbeits-Volkskommissar. Von unten, von der Masse her, vermittelt der auf demokratischem Weg gewählten Organisationen der Arbeiterklasse verwirklicht sich die Diktatur des Proletariats. Genau umgekehrt verhält es sich mit dem faschistischen Regime. Nachdem sie zur Macht gekommen ist, hat die faschistische Partei ihr Gesicht geändert: Der Staatsapparat wurde ein brutales Organ der Großbourgeoisie, und die faschistische Partei wurde eine demagogische Organisation, die den Staatsapparat bedient. Die faschistische Partei und die faschistischen Gewerkschaften sind nicht nur der Ausdruck der kapitalistischen Klasse, die die Macht in Händen hat. Die Korporationen organisieren die Arbeiter zwangsweise, die faschistische Partei hat in ihren Reihen eine große Zahl von Beamten, von Bauern und eine gewisse Zahl von Arbeitern; sie ist keineswegs homogen in sozialer Hinsicht, und bei ökonomischen Krisen manifestiert sich dieser Mangel an Homogenität durch einander widersprechende politische Strömungen innerhalb der faschistischen Organisationen selbst. Deshalb wird der kapitalistische Staat keineswegs von der faschistischen Partei geleitet und kontrolliert, sondern er leitet und kontrolliert seinerseits die faschistische Partei und die faschistischen Gewerkschaften. Die Organe des Staats, die Präfekten, die Bürgermeister mischen sich in das innere Leben der Partei und greifen bei auftretenden Streitig-

keiten ein. Die staatlichen Organe ernennen die Leiter der Gewerkschaftsbewegung und selbst die Parteisekretäre. In einer seiner jüngsten Reden rief Mussolini den Vorkämpfern der Partei ins Gedächtnis, daß die Partei dem Staat untergeordnet sei. Wie der Generalsekretär der Partei, sagte er, täglich zu mir, dem Regierungschef kommt, um Anweisungen für die Aktion der Partei entgegen zu nehmen, müssen auch die Bezirkssekretäre der Partei ihre Direktiven von den Präfekten, die Ortssekretäre von den Bürgermeisterern empfangen.

Die faschistischen Gewerkschaften sind nach demselben Prinzip aufgebaut. Kein Leben in der Basis, keine innere Demokratie, keine Möglichkeit für die Masse der Mitglieder, ihren Willen, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Während in der USSR die Gewerkschaften den Arbeitsvolkskommisar wählen, ernennt in Italien der Korporationsminister die Leitung der Gewerkschaften, ernennen die Präfekten, die Bürgermeister, die offiziellen Regierungsorgane die örtlichen Führer der Gewerkschaftsbewegung. So kann der Korporativstaat auf keinen Fall die Interessen der breiten Massen der Organisierten repräsentieren. Der Staat ist in den Händen der kapitalistischen Minderheit. Die faschistische Partei, die Korporationen, sind Mittel, die Massen zu erfassen, sind Organe des kapitalistischen Staats, um seine Ausbeutung zu verstärken und zu verewigen.

Diese grundsätzliche Verschiedenheit führt zu entgegengesetzten Resultaten. Während in der USSR die Diktatur des Proletariats 10 Jahre nach Ergreifung der Macht zu weitgehender proletarischer Demokratie geführt hat, immer breitere Massen des arbeitenden Volkes am öffentlichen Leben teilnehmen und so die Initiative der Basis ständig wächst, verstärken sich im faschistischen Italien von Jahr zu Jahr die Unterdrückungsmaßnahmen und der Druck der Staatsmaschinerie gegenüber der Masse der Arbeiter und Bauern, so daß jede Möglichkeit verschwunden ist, daß die Masse ihre Stimme vernehmen läßt.

Diese elementaren Wahrheiten muß man im Auge behalten, wenn man die demagogischen Schriftstücke des Faschismus einer Untersuchung unterziehen will.

Der Artikel I der „Magna Charta“ stellt in der schwülstigen Sprache des Duce fest, daß „die moralische, politische und ökonomische Einheit“ der italienischen Nation im faschistischen Staat vollkommen verwirklicht ist.

Der Artikel II, daß „die Arbeit in allen ihren Formen eine soziale Pflicht ist“. Diese Erklärung, über die die Reformisten in Ekstase geraten, ist jeden Inhalts bar. Da der Aktionär auch unter die Zahl der Arbeiter gerechnet wird, diskreditiert sie nur die Arbeit, indem sie alle jene Parasiten mit dem Titel „Arbeiter“ schmückt, die die italienischen Arbeiter eines Tages zum Teufel jagen werden.

Der Artikel III handelt von der gewerkschaftlichen Freiheit:

„Die gewerkschaftliche und berufliche Organisation ist frei. Indessen hat nur die Gewerkschaft, die gesetzlich anerkannt und der Kontrolle des Staates unterworfen ist, das Recht zur legalen Vertretung der Gesamtheit der Unternehmer und Arbeiter, für die sie eingesetzt worden ist, das Recht, ihre Interessen gegenüber dem Staat und anderen Berufsorganisationen zu schützen, Arbeitsverträge abzuschließen, die für alle Angehörigen der betreffenden Kategorie obligatorisch sind, ihnen Beitragszahlungen zur Pflicht zu machen und für sie die Funktionen auszuüben, die im Interesse der Allgemeinheit liegen.“

Dieser Artikel bestätigt das Gesetz, das das Monopol der faschistischen Gewerkschaften aufrichtet und jede andere gewerkschaftliche Organisation zur Illegalität verurteilt. Man sieht also, was es mit der gewerkschaftlichen „Freiheit“ auf sich hat, die angeblich den Inhalt dieses Paragraphen bildet.

Die folgenden Artikel (V bis X) stellen die Grundlinien der Zusammenarbeit der Klassen unter der Vormundschaft des faschistischen Staates auf. — Obligatorische Kollektivverträge, Arbeitsschiedsgericht, die Korporationen als staatliche Organe. — Der korporative Staat erkennt die private Initiative als das nützlichste Werkzeug der Gesamtinteressen der Nation an.

Das bedeutet die Unterdrückung aller Streiks und die völlige Versklavung der Arbeiterklasse.

Das zweite Kapitel behandelt in den Artikeln XI bis XXI den obligatorischen Arbeitsvertrag, die Löhne, den wöchentlichen Ruhetag, den Anspruch auf einen jährlichen bezahlten Urlaub, den Disziplinbruch, die Entlassungen. In allen diesen Punkten schafft die Magna Charta nichts Neues; sie notiert nur das, was die Arbeiterklasse selbst in schwerem Kampf errungen hat und was ihr die Herrschaft Mussolinis noch nicht rauben konnte. Aber unter diese Artikel sind einige Perlen geraten, die es wohl der Mühe lohnt, festzuhalten, weil sie den wahren Charakter des Gesetzes illustrieren.

Zunächst die Versicherung, daß der Arbeiter automatisch immer den höchstmöglichen Lohn erhält:

„Die Tätigkeit der Gewerkschaft, das Versöhnungswerk der Organe der Korporationen und der Spruch des Arbeitsschiedsrichters schaffen die Garantie, daß der Lohn stets den normalen Lebensansprüchen, den Möglichkeiten der Produktion und dem Ertrag der Arbeit entspricht!“

Dann die Art, wie der Faschismus die Klassensolidarität versteht:

„XIII. Die Folgen der Produktionskrisen und der Valutaschwankungen müssen auf alle Produktionsfaktoren verteilt werden.“

So soll in Zukunft jede Bewegung der Wechselkurse, ohne Rücksicht auf den Index der Preise und ebenso jede Produktionskrise ihre direkte Rückwirkung auf die Arbeitslöhne haben, aber natürlich vergißt die Magna Charta den Gegenposten, und die Profite einer Epoche industrieller Prosperität werden nicht unter die Gesamtheit der Produktionsfaktoren verteilt. Dieses Beispiel zeigt den ganzen Geist der Magna Charta.

Der Paragraph XV sichert einen wöchentlichen Ruhetag, aber mit Einschränkungen, die voll schwerster Konsequenzen sind:

Die Kollektivverträge wenden dieses Prinzip an, indem sie sich den Normen der bestehenden Gesetze und den technischen Forderungen des Unternehmens anpassen und innerhalb der Grenzen dieser Anforderungen darüber wachen, daß auch die bürgerlichen und religiösen Festtage respektiert werden.“

Der Paragraph XIX spricht vom Disziplinbruch bei der Arbeit:

„Arbeiter, die sich gegen die Disziplin vergehen, und Handlungen, die den normalen Gang des Unternehmens stören, werden je nach der Schwere des Falles bestraft, und zwar mit Geldstrafen, mit zeitweiliger Arbeitsaussetzung und, bei schweren Fällen, mit sofortiger entschädigungsloser Entlassung.“

Die Magna Charta macht also die Entlassung im Streikfall dem Unternehmertum zur Pflicht.

Die Paragraphen XXII bis XXV stellen fest, daß nur der Staat den Arbeitsmarkt regelt und offizielle und paritätische Arbeitsvermittlungsbüros ein-

richtet, wobei er den Unternehmern zur Pflicht macht, in erster Linie Faschisten einzustellen.

„Die Unternehmer sind verpflichtet, nur Arbeiter einzustellen, die in den Listen dieser Vermittlungsbüros geführt werden. Sie haben das Recht, unter den in den Listen geführten Arbeitern zu wählen, aber sie müssen in erster Linie diejenigen einstellen, die Mitglieder der Partei und der faschistischen Gewerkschaften sind, und unter diesen diejenigen, die am längsten organisiert sind.“

Man kann nicht zynischer zum Ausdruck bringen, daß der Arbeiter nur dann ein Recht zu leben hat, wenn er sich Mussolini verkauft.

Das letzte Kapitel behandelt in den Artikeln XXVI bis XXX die Sozialversicherung. Aber nur um festzustellen, daß das Prinzip der Zusammenarbeit der Klassen verlangt, daß die Arbeiter ihren Anteil an den Versicherungsbeträgen zahlen und um einige vage Versprechungen zu machen:

„Der faschistische Staat hat die Absicht, die Unfallversicherung auszubauen, die Mutterschaftsversicherung zu verbessern usw.“

**Kein Wort über den Achtstundentag!**

Es findet sich nichts, was sich die italienische Arbeiterklasse nicht schon früher erobert hätte, aber in vielen Punkten schafft die „Magna Charta“ erworbene Rechte ab. Sie ist eine riesenhafte Irreführung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, sie ist eine weitere Fessel für die Bewegungsfreiheit des italienischen Proletariats.

### Die Ansicht der Reformisten

Lassen wir die Renegaten à la Ferri und Rigola beiseite, die die Magna Charta als ein Ereignis hingestellt haben, das so wichtig sei wie die Entdeckung Amerikas! Die Lächerlichkeit hat sie schon getötet.

Wir zitieren nur zwei anerkannte Autoritäten, die eine von der Amsterdamer Internationale, die andere aus der deutschen Sozialdemokratie, um die unsägliche Entartung des Reformismus selbst angesichts des Faschismus aufzuzeigen.

In der Verbandszeitschrift der deutschen Gewerkschaften „Die Arbeit“, die unter der Leitung Leiparts erscheint, schreibt ein Reformist, der die italienischen Zustände sehr wohl kennt, unter dem Pseudonym „Italicus“ in der Nummer vom Mai 1927 folgendes:

„Vieles, was in der Arbeits-Charte verkündet wird, ist schon lange in den Gesetzgebungen anderer Länder und im 13. Kapitel des Vertrags von Versailles enthalten. Vieles, sehr vieles ist schon in früheren Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und in denen der italienischen Confederazione Generale del Lavoro gefordert worden. Noch im April 1925, als schon der Confederazione Generale del Lavoro das Leben unmöglich gemacht wurde, stellten die Vertreter der italienischen Gewerkschaften mehrere Forderungen auf, die jetzt als Ausbund der ganzen faschistischen sozialgesetzgeberischen Weisheit betrachtet werden.

Aber — das muß jeder zugeben — darin liegt eben der Sinn dieser Arbeits-Charte: daß endlich ein Regime vieles annimmt und zu kodifizieren versucht, was die Arbeiterorganisationen bis jetzt vergebens verlangt haben.

Die Gewerkschaften, die zuerst verfolgt und dann zugelassen waren, sind jetzt eine gesetzliche Einrichtung. Die Kollektivverträge werden obligatorisch; die Schlichtungsbehörden und Arbeitsgerichte werden zu staatlichen Arbeitsbehörden. Und auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge werden Grundsätze verkündet, die jeder Gewerkschafter begrüßen muß.

Wenn wir uns dann vom einseitigen Standpunkt der Arbeiterinteressen zum Standpunkt der allgemeinen Produktionsprobleme wenden, so muß man ebenfalls einen Fortschritt feststellen.

Der „Staatsuntertan“ wird nicht mehr als Bürger allein, sondern als Produzent behandelt. Die Organisation der Produktion wird nicht mehr als ein rein privates Unternehmen, sondern als eine Funktion im nationalen Interesse betrachtet. Eben deshalb wird nicht nur die Intervention des Staates bei Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit verkündet, sondern dem Staate wird auch das Recht eingeräumt, sobald die Privatinitiative fehlt oder politische Interessen auf dem Spiel stehen, seine eigene Initiative an Stelle der privaten Initiative treten zu lassen und sogar die direkte Führung des Unternehmens zu übernehmen.“

Diese Ausführungen brauchen keinen Kommentar. Italicus folgt dem Weg D'Aragnas, Rigolas und der anderen Hausknechte Mussolinis. Für ihn haben die Worte keinerlei Klassegehalt. Er spricht vom Staat wie von einer Größe, die über den Klassen schwebt. Mehr noch, er spricht von den verbotenen Gewerkschaften, die dann zur Würde von Staatsorganen erhoben wurden, ohne zwischen den verbotenen, zerstörten, zu illegalem Leben und Handeln gezwungenen Gewerkschaften der Arbeiterklasse und den faschistischen Gewerkschaften zu unterscheiden, die Organe des kapitalistischen Staates sind und von Mussolini geschaffen wurden, um die Massen zu täuschen und sie für ihre Ausbeuter zu bändigen.

Diese Kleinigkeiten sind nicht nur Italicus, sondern auch Leipart, also der Leitung der deutschen Gewerkschaften entgangen, die ein solches Geschreibsel ohne Kommentar veröffentlicht, das anscheinend dazu dienen soll, die Aussöhnung Amsterdams mit den faschistischen Gewerkschaften vorzubereiten.

Eine andere, nicht weniger berufene Stimme der Zweiten Internationale kommt zu den selben Schlüssen. Es ist diejenige Albert Thomas', des Leiters des internationalen Arbeitsamtes, der sich am 20. April vom „Giornale d'Italia“ über die „Magna Charta“ hat interviewen lassen. Er erklärt:

„Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß eine große Zahl der Rechte, die am 21. April proklamiert wurden, mit denjenigen unserer Arbeits-Charte übereinstimmen.

Ich lege z. B. Wert darauf, festzustellen, daß in bezug auf Verhinderung von Streiks, in bezug auf das ganze Versicherungssystem, bei Unfällen, bei der Mutterchaftsversicherung, bei der Sozialfürsorge im allgemeinen und in bezug auf einige Grundlinien der Gesetzgebung, wie die wöchentliche Arbeitsruhe, schließlich in bezug auf die allgemeine Kollektivvertragspolitik sie in vollkommener Uebereinstimmung mit unserer Arbeits-Charte steht, in dem Maße, daß eine wahre Kongruenz zwischen unserer Arbeits-Charte und der italienischen Arbeits-Charte besteht, die ich gern betone.“

Aber, da Albert Thomas gerade beim Komplimentemachen ist, geht er weiter. Er versichert, daß die faschistische Charta über die Charta des Völkerbundes hinausgeht, woraus der reaktionäre und illusorische Charakter der Charta des internationalen Arbeitsamtes deutlich hervorgeht. Er sagt:

„Rossini wird mich sicher darauf hinweisen, daß in einigen Punkten die italienische Arbeits-Charte noch weitergeht. Das ist richtig. Sie enthält in der Tat neue Dinge, denen ich meinerseits großes Interesse entgegenbringe. Ich wiederhole es, die italienische Arbeits-Charte enthält eine Anzahl von Grundsätzen, die über unsere eigene Charta hinausgehen.“

Welches sind diese neuen Dinge, die der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes und der Berater der Amsterdamer Internationale mit soviel Interesse verfolgt? Selbstverständlich die Methoden, die darauf abzielen, die Streiks zu ersticken und die Arbeiterschaft dem Unternehmertum auszuliefern.

Aber, was ich sagen möchte und was ich für wichtig halte, ist dieses: wer könnte, selbst wenn völlige Freiheit in dem Sinne herrscht, wie sie die Gegner des Faschismus verstehen, den Gedanken zurückweisen, nach Möglichkeiten zu suchen, um die

Kollektivarbeitsstreitigkeiten durch Kollektivmaßnahmen zu verhindern? Wer könnte sich dem entziehen, nach geeigneten Mitteln zu suchen, um wilde Streiks zu vermeiden?

Ich möchte sogar sagen, daß in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Versuchen an die Öffentlichkeit gelangten, die darauf abzielen, die Prinzipien der Vermittlung und des Schiedsgerichts der Gesetzgebung einzuverleiben. Diese Versuche weisen auf ein fast universelles Bedürfnis hin. Italien hat jetzt in dieser Beziehung konkrete Zusicherungen gegeben, und ich glaube, daß das ein weiterer wichtiger Punkt der Arbeits-Charte ist.“

So gehen die Reformisten zu Mussolini in die Schule, um zu lernen, wie man Streiks erdrosselt und Konflikte mit dem Unternehmertum vermeidet.

Uebrigens vergleicht Albert Thomas die „barbarischen und brutalen“ Methoden, mit denen die Bolschewisten das Prinzip der Arbeiterschaft angewandt haben, mit der eleganten Art, in der Mussolini dieses Prinzip in seiner Charta festgelegt hat.

„Die Arbeitspflicht. Als ich 1920 hierher kam, gab es hierüber im internationalen Maßstab ziemlich weitverbreitete Ideen. Ich erinnere mich, daß ich selbst in mehreren Konferenzen darauf hingewiesen habe, daß in der modernen Nachkriegsgesellschaft die Notwendigkeit besteht, die Arbeitspflicht für jedes einzelne Individuum hervorzuheben, die Pflicht, daß jeder einzelne seinen Anteil an produktiver Tätigkeit für die Gesamtheit entrichtet. Die Bolschewisten haben das in einer brutalen und barbarischen Form getan. Es ist ein anderer Versuch gemacht worden: der der bulgarischen Arbeitsdienstpflicht. Ich sage nicht, daß ihr Begriff jetzt in der italienischen Arbeits-Charte organisch festgelegt worden sei. Aber es ist wichtig, daß die Arbeitspflicht in ihr ausgesprochen worden ist.“

Dieser Hofschranzenton geht durch das ganze Interview hindurch. Albert Thomas erklärt sogar, daß er selbst Mussolini geraten hat, vor der internationalen Öffentlichkeit die Rolle des Beschützers der Arbeiterschaft zu spielen.

„Ich habe beständig Mussolini erklärt, daß man vor der ganzen Welt, im internationalen Maßstab, zeigen muß, daß Italien den sozialen Fortschritt will, ich möchte sagen, daß keine Spur von Reaktion da ist.“

Zweifellos konnten nur Sozialdemokraten vom Schlage eines Albert Thomas Mussolini noch Lektionen in der Kunst der Heuchelei und Schurkerei geben.

Nur in einem einzigen Punkt hat Thomas die Charta kritisiert: er versteht nicht und sucht nicht zu erklären, warum sie nichts über den Achtstundentag enthält! Und dann betont er die theoretischen Differenzpunkte:

„Der ganze Unterschied in der Theorie ist folgender: auf der einen Seite der Versuch, zu günstigen Arbeitsbedingungen mittels der Staatsautorität zu kommen, indem sie beiden Teilen im Namen der Pflicht der Arbeiter und im Namen der Pflicht der Unternehmer auferlegt werden; auf der anderen Seite das Vertrauen in die Freiheit und in das Spiel der Kräfte gemäß der erzieherischen Kraft der Organisationen, ohne irgendeine Sanktionierung seitens des Staates.“

Nachdem er so seine Ueberzeugung kundgetan hat, daß die Herrschaft des Rizinusöls, des Mordes und der brutalen Unterdrückung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse darauf abzielt, „gute Arbeitsbedingungen zu erhalten“, fährt Thomas fort:

„Ich muß gestehen, daß im gegenwärtigen Augenblick mit der italienischen Methode gewisse Resultate erzielt werden können.“

Es ist überflüssig, diese Kundgebungen der bevollmächtigten Repräsentanten des internationalen Reformismus lange zu kommentieren. Die Zusammenarbeit der Klassen mündet in die Zusammenarbeit mit Mussolini, um die internationale Arbeiterklasse über die wirkliche Rolle des Faschis-

mus zu täuschen, Albert Tkomas versieht Mussolini mit der Maske des „sozialen Fortschritts!“ Dieser Uebereifer wird nur dazu führen, daß die sozialdemokratischen Massen den wahren Charakter ihrer Führer und der Arbeits-Charte des Völkerbundes besser erkennen.

### Das Eingeständnis des Duce

Gegenüber diesen Höflingsverbeugungen ist es interessant, zu erfahren, was Mussolini selbst über sein Gewerkschaftswerk und über die Ergebnisse seiner verzweifelten Versuche, das Proletariat für das faschistische Regime zu erobern, denkt.

Am 26. Mai hat er in der italienischen Kammer eine große Rede gehalten, in der er die wichtigsten Probleme seines Regimes einer Untersuchung unterzieht. In wenigen Sätzen kennzeichnet er den völligen Bankrott des faschistischen Gewerkschaftswesens:

„Die Gewerkschaften sind auf gutem Wege. Man darf sich indessen keinen übertriebenen Illusionen in bezug auf das sogenannte städtische Proletariat hingeben. Es ist zum großen Teil noch weit von uns entfernt, und wenn es nicht mehr feindlich gesinnt ist wie früher, so ist es doch nicht in unserer Nähe. Offenbar sind wir auch auf die Mithilfe der Schicksalsgesetze des Lebens angewiesen. Die Generation der Unbelehrbaren, derer, die den Krieg nicht verstanden haben und den Faschismus nicht verstanden haben, wird zu einem gewissen Zeitpunkt durch das Naturgesetz verschwinden. Die Jungen werden sich erheben, die Arbeiter und Bauern, die wir aus den Reihen der „Ballilas“ (der faschistischen Pioniere) in die faschistische Jugend hinein ergänzen.“

Das ist das beredte Eingeständnis des Bankrotts der ganzen faschistischen Gewerkschaftsdemagogie. Die Gewerkschaften sind auf gutem Wege, aber das städtische Proletariat fehlt in ihnen, wenn es ihnen nicht feindlich gegenübersteht, und Mussolini hat jede Hoffnung verloren, diese Generation unbelehrbarer Arbeiter zu gewinnen, die die unerbittlichen Gegner des Krieges und des Faschismus waren und die das revolutionäre Proletariat bleiben. Er rechnet nur noch auf die Naturgesetze, auf die Zeit, die die Generationen erneuert, damit das faschistische Regime vom revolutionären italienischen Proletariat befreit wird. Er rechnet auf die Generation der Schulkinder, die zur Zeit zwangsmäßig in seine „Ballilas“ eingereiht wird, und aus der eine neue „faschistische“ proletarische Generation hervorgehen soll. Aber stärker als die faschistische Erziehung der Ballilas ist die Erziehung der Arbeiter und der Arbeiterjugend durch das Leben selbst, durch die Not und durch die kapitalistische Ausbeutung. Der Faschismus hat das italienische Proletariat nicht erobert, und er wird es niemals erobern. Dieses Scheitern des Faschismus erklärt auch den Abscheu des Duce gegen die großen Industriestädte. In derselben Rede sagt er über das demographische Problem folgendes:

„Es gibt einen Typus des Städtertums, der zerstörerisch ist, der das Volk unfruchtbar macht, das ist das industrielle Städtertum. Glauben Sie wohl, daß ich, wenn ich von der Agrarisierung Italiens spreche, ich das tue, um schöne Phrasen zu drechseln, die ich doch hasse? Nein! Ich bin der Arzt, der kein Symptom vernachlässigt, und das sind Symptome, die zu ernstem Nachdenken zwingen . . . Dies ist auch der Grund, warum ich der Landwirtschaft helfe und mich selbst einen Landmann nenne. Dies ist der Grund, warum ich in der Nähe Roms keine Industrie haben will; dies ist der Grund, warum ich in Italien nur gesunde Industrien zulasse, d. h. solche, die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft und mit dem Meere stehen.“

Der vollständige und unwiderrufliche Bankrott des Faschismus bei der Arbeiterklasse, wie er jetzt, zwei Monate nach der Verkündigung der „Magna

Charta“ durch Mussolini eingestanden worden ist, findet seinen Ausdruck in Italien selbst in dem Leben und der illegalen Tätigkeit unserer Kommunistischen Partei und der der illegalen freien Gewerkschaften (Confederazione Generale del Lavoro).

„L'Unita“, das offizielle illegale Organ unserer Partei, erscheint regelmäßig alle 14 Tage, und es werden jedesmal 35 000 Exemplare verkauft, wobei die Nachfrage in den Betrieben nicht gedeckt wird. Seit seinem Verbot hat sich der Verkauf in Mailand mehr als verdoppelt.

„Battaglie Sindacali“, das illegale Organ der wiederaufgebauten italienischen freien Gewerkschaften, erscheint allmonatlich und setzt 30 000 Exemplare ab.

In jeder Woche werden in den Betrieben Tausende von illegalen Zeitungen und Flugblättern verteilt und verkauft. Die Masse der Arbeiterschaft stützt unseren Parteiapparat bei dieser Arbeit. Damit etwas Derartiges unter einem Schreckensregiment wie dem Mussolinis möglich sei, muß die gesamte Arbeiterklasse unsere Partei mit ihrer Sympathie umgeben, sozusagen der Helfershelfer ihrer illegalen Organisation sein.

Mussolini hat den Bankrott der faschistischen Gewerkschaften in seinem vollen Umfang eingestanden. Diese wenigen Tatsachen, die wir auf der anderen Seite der Barrikade aufgelesen haben, lassen uns erkennen, daß die Arbeiterklasse nicht, wie Mussolini sagt, nicht vorhanden ist, sondern, daß sie ihre Kräfte um ihre einzige Partei und um ihre alte Confederazione Generale di Lavoro sammelt, die durch den Abfall und den Verrat der reformistischen Führer wieder revolutionär geworden ist.

Der Faschismus hat aus der Generation der „Unbelehrbaren“ eine Generation von Revolutionären gemacht, die nicht das Spiel der natürlichen Kräfte abwarten wird, um mit Mussolini und seiner Herrschaft aufzuräumen.

HANS GÜNTHER:

## „DIE SOZIALDEMOKRATIE JUBELT CHAMBERLAIN ZU“

„Die Vorgänge im Anschluß an die Mordtat von Warschau werden die größte Aufmerksamkeit erforderlich machen. Dies um so mehr, als Polen während der letzten Jahre nicht selten die Rolle des Balkans aus der Vorkriegszeit übernehmen mußte. Die Pläne, die England vor einiger Zeit zwischen Litauen und Polen verfocht, sind vorerst gescheitert. Aber Polen ist und bleibt einer der wichtigsten Steine in der britischen wie auch in der französischen Außenpolitik. Polen ist der vorgeschobene Posten des britisch-französischen Imperialismus im Kampfe gegen den Sowjetstaat.“

(„Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Juni 1927.)

### Der Weg des Verrates

So beurteilt eine sozialdemokratische Stimme die Bedeutung des Warschauer Gesandtenmordes. Es ist freilich eine vereinzelte Stimme, aber sie kennzeichnet sehr wohl die eine Tatsache: die Sozialdemo-



kraten wissen ganz genau, um was es in Warschau gegangen ist.

Und worüber schrieben ihre Zeitungen in den Tagen, da die Empörung der Werktätigen der Sowjetunion und der revolutionären Vorhut des Proletariats der ganzen Welt sich gegen den englischen Imperialismus, den Anstifter der Schandtat von Warschau richtete? Ueber die Leistung eines amerikanischen Reklamefliegers! „Berlin jubelt Chamberlain zu“. „Die Brücke über die Welteile!“ Und zahllose andere dicke Schlagzeilen verkünden den Ruhm eines Fliegers, der fatalerweise denselben Namen trägt wie der Außenminister Englands.

Die sozialdemokratische Presse erzählt im Dienste Chamberlains von Fliegern, statt von Morden. Sie behandelt mit ganz wenigen Ausnahmen die Mordtat an dem Vertreter der Sowjetrepubliken als eine Nebensächlichkeit.

Schritt für Schritt müssen die Kommunisten die Trabanten Chamberlains entlarven, müssen zeigen, wie sie im Dienste der Bourgeoisie ihres Landes und des englischen Imperialismus Front machen, um den wahren Sachverhalt zu verhüllen. Eine Lügenflut verbreiten sie: dem Genossen Tschitscherin wird in den Mund gelegt, er habe gesagt, daß die Warschauer Ereignisse an den Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion nichts ändern würden. Die Lügen, die die Pilsudski-Presse zur Verteidigung des Mörders verbreitet, finden bereitwillige Aufnahme in der sozialdemokratischen Presse.

Allen voran schreibt selbstverständlich der „Vorwärts“, daß es sich bei der Tat des weißgardistischen Studenten um einen individuellen Akt handelt. Dabei bleiben die Sozialdemokraten allerdings nicht stehen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ versucht, die Verantwortung für den gesamten Mord in echt austro-marxistischer Weise den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Sie schreibt am 8. Juni:

„Obwohl der revolutionäre Staat im Innern nicht erschüttert ist, muß er sich — allerdings in manchen Dingen nicht ganz ohne Verschulden, wenn auch nicht seiner Staatsorgane, so doch mancher bolschewistischer Parteiorgane — schlimme Demütigungen gefallen lassen.“

Mit anderen Worten: nicht die Weißgardisten, nicht Chamberlain und die englischen Konservativen, sondern die revolutionäre Politik der Komintern ist schuld. Dem entspricht es auch, wenn die sogenannte linke sozialdemokratische Presse die Lüge der Berliner „Vossischen Zeitung“ weiter verbreitet, Tschitscherin habe sich bei Stresemann über die Schwierigkeiten beschwert, die die Komintern der russischen Außenpolitik mache! Das sind die Methoden der Linken.

Mit allen Mitteln wurde versucht, in den Augen der Arbeiter die Bedeutung der Mordtat herabzusetzen. Als die russische Note bekannt wurde, waren wiederum die Sozialdemokratie und wiederum der „Vorwärts“ die ersten, die „die Unverschämtheit“ der Sowjetregierung, die den Mord eines ihrer Gesandten in einem benachbarten Staat, der offen und unverhüllt die Konterrevolution unterstützt, nicht ruhig hinnahm, denunzierten. „Polens. Antwort an Moskau: ruhige und höfliche Zurückweisung“ — betitelt der „Vorwärts“ den Bericht über die Note an die polnische Regierung.

Ihr Bündnis mit Chamberlain zeigt aber die Sozialdemokratie noch un-

verhüllter und offener in ihrer Stellungnahme zur Aufdeckung der konterrevolutionären Machenschaften des englischen Imperialismus auf dem Gebiete der Sowjetunion. Zunächst versuchte man durch Lügenmeldungen die Arbeiter irrezuführen. Den Vogel dabei schoß die „Leipziger Volkszeitung“ ab, die hintereinander meldete, daß das Bombenattentat in Leningrad von Mitgliedern der Opposition ausgeführt worden sei, daß in Minsk der Kriegszustand verhängt sei, daß die Truppen in Zentralrußland durch sibirische Truppen ersetzt werden und schließlich ein Gouverneur mit außerordentlichen Vollmachten (wo gibt es auf dem Gebiet der Sowjetunion „Gouverneure“?) in Leningrad eingesetzt worden sei. Alle diese Lügenmeldungen stammen aus einer Quelle, aus der Lügenfabrik der Telegraphen-Union Hugenbergs, des Sprechers des deutschen Imperialismus, in Riga. Weiß vielleicht die Redaktion des sozialdemokratischen Pressedienstes, weiß vielleicht die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ mit ihren Rußland-Sachverständigen nicht, daß Riga nicht in der Sowjetunion liegt und daß die Telegraphen-Union keinen Korrespondenten in Moskau hat?

Aber alle diese Lügenmeldungen haben nur den Sinn, die Bedeutung der Enthüllungen der reaktionären Umtriebe herabzusetzen. Der „Vorwärts“ überschreibt sie: „Tschekas Erzählungen, gefährliche Völkerverhetzung“. Die linke sozialdemokratische Presse wetteifert mit dem „Vorwärts“ darin, die festgestellten Tatsachen als unglaubwürdig darzustellen.

Aber der „Vorwärts“ geht noch weiter. Er betreibt Völkerverhetzung, indem er Rußland den deutschen Arbeitern als Popanz, als Schreckgespenst hinstellt. Er schreibt:

„In der Behauptung, daß die englische Diplomatie planmäßig mit Morden und Attentaten gegen Rußland arbeite, wird man nichts anderes erblicken können als die Ausgeburt einer überhitzten Phantasie. Da aber in Rußland die öffentliche Meinung völlig von der Regierung beherrscht und jede kontrollierende Kritik ausgeschaltet ist, wird das ganze russische Volk hemmungslos in den Glauben versetzt, die Engländer seien weiter nichts als eine Nation von Verbrechern, und jeder im Lande anwesende Angehörige der Nation sei eine Gefahr für das Land. So ist man auf den Weg zu einer Fremden- und Spionenjagd gekommen, der für alle in Rußland weilenden Ausländer eine Gefahr bedeutet. Die russische Regierung trägt die Verantwortung dafür, daß heute verderbliche Konsequenzen verhütet werden, so daß das Leben der Ausländer, ohne Unterschied der Nation, geschützt wird.“

Der „Vorwärts“ glaubt, daß das russische werktätige Volk jemals so tief sinken könnte, wie er selbst in den denkwürdigen Tagen des August 1914. In tausenden Versammlungen haben aber Millionen von werktätigen Arbeitern und Bauern der Sowjetunion nicht nur ihren Friedenswillen ausgesprochen, sondern gleichzeitig ihren Ruf gerichtet an die gewaltige Mehrheit des englischen Volkes, an die Werktätigen, von denen jeder russische Arbeiter weiß, daß sie die erbitterten Feinde der konservativen Regierung sind. Nur armselige Lügner, die schon längst vergessen haben, was Klassenkampf und was Klassenunterschied heißt, können glauben, daß die Werktätigen Rußlands nur einen Augenblick lang vergessen könnten, daß die Werktätigen Englands, mit denen sie verbunden sind durch das enge Band der Solidarität des gemeinsamen Kampfes gegen die konservativen Kriegshetzer, ihre natürlichen Verbündeten sind.

Aus welcher Richtung der Wind weht, beweist die Tatsache, daß Herr Breitscheid, bezahlter Agent des deutschen Imperialismus beim Völkerbund, das Wort ergreift, um den deutschen Minister Stresemann zur Ordnung zu

rufen, weil er am Vorabend der Völkerbundstagung in Genf mit Genossen Tschitscherin eine Unterredung hatte. Breitscheid, dessen geistige Hörigkeit gegenüber dem englischen Imperialismus kein Geheimnis ist, hat seine Stimme nicht ertönen lassen, als Chamberlain zu wiederholten Malen versuchte, Deutschland für den Anti-Sowjetblock zu gewinnen. Aber in dem Augenblick, wo Stresemann mit Tschitscherin verhandelt, meldet er sich und schreibt einen Artikel, in dem er offen für England Stellung nimmt. Er schreibt:

„Rußland hat Angst vor einem Krieg. Es glaubt wohl nicht an einen direkten britischen Angriff, aber es zittert vor der Möglichkeit, daß sich etwa Polen als Werkzeug Englands gebrauchen lasse, daß Frankreich an die Seite Polens treten werde und daß sich dann Deutschland zum Aufmarschgebiet der Westmächte hergeben müsse.“

Wenn Herr Breitscheid von Angst spricht, so verwechselt er das ihm eigene Gefühl, daß ihn befällt, sobald er sich nicht auf dem sicheren Parkett internationaler Kongresse oder bürgerlicher Ministerien bewegt, mit den durchaus sachlich begründeten Befürchtungen, die jedermann haben muß, dem es um den Weltfrieden ernst ist.

Herr Breitscheid glaubt nicht an eine Kriegsgefahr. Er hält es aber für notwendig, Stresemann gute Ratschläge für seine Unterredung mit Tschitscherin zu geben. Der ganze Sinn seines Artikels ist sozusagen, daß Rußland sich wirtschaftlich und politisch in einer schwierigen Situation befindet, und daß Deutschland alles daran setzen muß, aus dieser Situation möglichst viel Kapital zu schlagen. Selbstverständlich spielt auch hier der Gedanke eine Rolle, die Komintern zu einer anderen, Herrn Breitscheid genehmeren Politik zu veranlassen.

Für imperialistische Agenten wie Breitscheid ist die kritische weltpolitische Lage nichts anderes als ein Mittel, die Position des deutschen Imperialismus zu verbessern. Breitscheid will Stresemann zu Erpressungsmanövern veranlassen, weil er glaubt, daß gegenwärtig die Situation für die Sowjetunion schwieriger ist.

Während man sich anlässlich der Veröffentlichung über die konterrevolutionären Akte auf dem Gebiete der Sowjetunion mit hämischen Bemerkungen über Nervosität begnügte, kam die Sozialdemokratie völlig aus dem Häuschen durch die Hinrichtung der 20 Agenten der Konterrevolution. Seit dem Prozeß der Sozialrevolutionäre hat man eine derartige Heulmeierei nicht mehr gelesen. „Die Geisel-Erschießungen in Moskau“, „Die Schreckensherrschaft beginnt“, „Schreckensregiment in Rußland“ — in diesem Tone geht es durch alle Zeitungen. Die Gefühle des letzten Spießers, alle Ueberreste der kleinbürgerlichen Angst vor der Anwendung der Macht in den Händen des proletarischen Staates sollen aufgewühlt werden. Der „Vorwärts“ jammert:

„Durch die Erschießungen von Moskau und ihre Begründung hat sich Rußland selbst als wieder im Zustand des Bürgerkrieges befindlich erklärt . . . . Solche Massenerschießungen kann man aus den Notwendigkeiten des Bürgerkrieges begreifen, sie hören damit nicht auf, eine Scheußlichkeit zu sein, wie der Bürgerkrieg überhaupt eine Orgie gehäufter Scheußlichkeit ist. Im Bürgerkrieg läßt sich auch kein wirtschaftlicher Aufbau vollziehen, am allerwenigsten ein Aufbau im sozialistischen Sinne . . . . Der russische Bolschewismus hat die Macht, eine beliebige Zahl von Menschen aus den Gefängnissen zu holen und niederschließen zu lassen. Von dieser Macht hat er Gebrauch gemacht. Damit aber hat er alles eher getan, als den Beweis dafür geliefert, daß er sich auf dem rechten Wege befindet.“

So wenig die Kommunisten eine Ursache haben, mit den Sozialdemokraten, deren Koalitionspolitik in neun Jahren jammervoll Schiffbruch gelitten hat, zu diskutieren über Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit politischer Methoden, muß doch gesagt werden: wer heute zu sagen wagt, daß in Sowjetrußland der Bürgerkrieg andauert, lügt und lügt wider besseres Wissen.

Der Bürgerkrieg ist zum siegreichen Ende durchgeföhrt worden, und die Sowjetunion hat an allen Ecken die Arbeit des Wiederaufbaues aufgenommen. Aber nur Spießbürger können nicht verstehen, daß eine Macht, die umgeben von Feinden, eine neue, der bestehenden entgegengesetzte Wirtschaftsordnung aufbaut, des schärfsten Schutzes ihrer Arbeit und des rückichtslosesten Kampfes gegen alle Ansätze einer gegenrevolutionären Bewegung bedarf.

Als vor fast einem Jahre die werktätige Bevölkerung der Sowjetunion das Schwert der Revolution, den Genossen Felix Dzershinski, begrub, da betrauerte sie ihn vor allem deshalb, weil jedermann wußte, daß er noch immer notwendig war, daß die Revolution noch immer des treuen Hüters bedarf. Er hat seinen Nachfolger gefunden, und die Werktätigen der Sowjetunion sind dankbar denjenigen, die durch scharfes und energisches Eingreifen den konterrevolutionären Elementen gezeigt haben, daß sie keinen Platz in der Sowjetunion finden.

Wenn der „Vorwärts“ vom Bürgerkrieg spricht, so ist bei ihm der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Sozialdemokraten wollen den Bürgerkrieg in Rußland, sie wollen das Chaos, weil sie den Sturz der bolschewistischen Diktatur wollen. Deutlich hat dies die Auslandsvertretung der Menschewiki in einem Brief an die Zweite Internationale vom 27. Mai ausgesprochen, in dem es heißt:

„Die provokatorische Politik der englischen Diehards, die zu ihrem Zweck die Abenteuerlust und die Fehler der Sowjetdiplomatie ausbeutet, ist geeignet, in den russischen Volksmassen die Stimmungen der nationalistischen Reaktion zu verstärken zum Schaden für die Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie, die den systematischen Kampf der russischen Arbeiterklasse gegen das Regime des Terrors und für den demokratischen Abschluß der bolschewistischen Diktatur zu organisieren bestrebt ist. Indes kann nur ein derartiger Abschluß die wirkliche Gewähr dafür bieten, daß das nachrevolutionäre Rußland nicht zu einem Kriegsgefahrenherd und zu einem Hort der internationalen Reaktion wird.“

Das markerschütternde Geschrei der Sozialdemokratie über den Terror bedeutet also nichts anderes als den Wunsch, die „öffentliche Meinung“ gegen die Sowjetunion zu mobilisieren, damit unter ihrem Schutze die Menschewiki ihr konterrevolutionäres Werk vollenden können.

Die Sozialdemokratie irrt sich, wenn sie glaubt, durch ihr Terrorgeschrei die Arbeitermassen gegen die Kommunistische Internationale aufhetzen zu können. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: was wäre besser gewesen, wenn Liebknecht und Eichhorn in Berlin die Möglichkeit gehabt hätten, die Konterrevolutionäre von Ehrhardt bis Wels an die Wand zu stellen und damit die blutige Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Deutschland zu verhindern, oder war es besser, die Methoden von Wels und Ebert anzuwenden, die Hindenburg und Ehrhardt in den Sattel gehoben haben?

Die deutschen Arbeiter besonders, die gesehen haben, wie in dem Lande der bürgerlichen Demokratie die Mörder der revolutionären Führer nicht

bestraft, sondern belohnt wurden, die gesehen haben, wie Vogel und Ehrhardt und Kuttner und Marloh sich öffentlich dessen rühmen konnten, was sie getan haben zur Abwürgung der deutschen Revolution, werden die Schärfe und die Unerbittlichkeit der russischen Revolution verstehen.

Die deutschen Sozialdemokraten stellen die Frage, wer recht behalten hat. Sie sollen die Frage an jene Arbeiter stellen, die das Rußland des sozialistischen Aufbaues gesehen haben. Diese Arbeiter werden ihnen die Frage besser beantworten können als jene Menschewiki, die von ihren Pariser und Berliner Kaffeehäusern aus Rußland zu erobern suchen.

Die Konterrevolution ist verzweifelt über die Tatsache des 10jährigen Bestandes der revolutionären Sowjetmacht. Wir täuschen uns nicht darüber, daß die Konterrevolution aller Schattierungen, der Sozialdemokraten mit eingeschlossen, alles daran setzen wird, um den Eindruck der Tatsache des 10jährigen Bestehens der revolutionären Macht zu verkleinern.

Aber weil das internationale Proletariat, weil die Kommunisten aller Länder wissen, was Sowjetrußland bedeutet, weil sie wissen, daß die proletarische Macht die einzige Macht ist, die den Frieden will, weil die kommunistischen Arbeiter aller Länder wissen, daß der Schutz der Sowjetunion vor konterrevolutionären Anschlägen mit ihre heiligste Pflicht ist, erklären sie sich überall solidarisch mit den Schutzmaßnahmen, die die proletarische Macht gegen die Konterrevolution trifft.

Wir erklären es vor aller Welt: für uns ist das Leben eines Revolutionärs mehr wert, als das Leben von 1000 Konterrevolutionären, und wir werden immer und in jedem Augenblick es begrüßen, wenn die revolutionäre Macht sich schützt. Die Menschewiki mögen heulen soviel sie wollen, sie werden damit nur beweisen, daß sie mit der Konterrevolution, daß sie mit der weißgardistischen Reaktion solidarisch sind, wie sie sich längst solidarisiert haben mit dem Imperialismus.

B. BOSCHKOWITSCH:

## DIE KRIEGSGEFAHR IN JUGOSLAWIEN

Die in den Verträgen von Versailles, Trianon, Neuilly, Saint-Germain und Sévres festgesetzten Grenzen zwischen den Staaten Südosteuropas ließen nicht nur alle alten nationalen und wirtschaftlichen Widersprüche bestehen, sondern erzeugten sogar neue Gegensätze. In Uebereinstimmung mit der Zunahme dieser Gegensätze verstärkte sich auch die Abhängigkeit der an der Donau gelegenen Balkanstaaten von der Politik der großen imperialistischen Mächte. Die Gruppierung dieser letzteren spiegelt sich in den Gruppierungen der Donaustaaten auf der Balkanhalbinsel wider. Der Abschwächung oder Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten entsprechen auch die Abschwächung oder Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Balkanstaaten.

## I.

Als Ergebnis des Weltkrieges erweiterten ihre Grenzen die Balkanstaaten Jugoslawien und Rumänien und entstanden die Staaten Albanien und die Tschechoslowakei. Unter der Mitwirkung Frankreichs, das unmittelbar nach dem Kriege die Rolle der auf dem europäischen Festlande führenden imperialistischen Großmacht spielte, entstand ein Bund der drei siegreichen Staaten (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien) — die Kleine Entente, deren Ziel die Aufrechterhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage war. Es gelang dem französischen Imperialismus, der Führer nicht allein des Balkans, sondern auch der Kleinen Entente zu werden. Jugoslawien wurde der Vorposten des Poincarismus auf dem Balkan.

Als aber nach dem Abschlusse des Vertrages von Locarno die kontinentale Hegemonie Frankreichs zu schwanken begann und als es sich erwies, daß Frankreich durch die Finanzkrisis und die überaus starken Gegensätze in den französisch-deutschen Beziehungen an Händen und Füßen gebunden war, verwandte die englische Diplomatie mehr Aufmerksamkeit auf die kontinentalen Angelegenheiten. Da der italienische Imperialismus bei seinem Vordringen auf dem Balkan, im Mittelländischen Meer und im Nahen Osten mit Frankreich zusammenstieß, erwiesen sich seine Interessen im Einklang mit den Interessen der englischen Politik. England begann mit dem Konkurrenten Frankreichs, dem italienischen Faschismus, zusammenzuarbeiten.

Die englischen und französischen Interessen auf dem Balkan und im Nahen Osten gerieten mehrmals miteinander in Widerspruch. Während des griechisch-türkischen Krieges standen England und Frankreich in zwei entgegengesetzten Lagern. Während der verschärften Staatskrisis in Jugoslawien unterstützte England auch die kroatische nationale Bewegung gegen die Vorherrschaft der serbischen Bourgeoisie, die in Frankreich ihren Beschützer fand. Im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion strebt die englische Diplomatie neuerdings eine veränderte politische Gruppierung in Südosteuropa an. Um diese neue Gruppierung zu erreichen, mußte der Kleinen Entente, diesem Vorposten der französischen Diplomatie im Südosten Europas, ein Schlag versetzt werden. Zur Verwirklichung dieses seines Planes begann England vor allem diejenigen Staaten zu bearbeiten, deren Interessen denjenigen der Kleinen Entente entgegengesetzt waren (Griechenland, Bulgarien, Ungarn, Oesterreich, Albanien). Außerdem gab England dem italienischen Faschismus freie Bahn in dessen imperialistischer Politik auf dem Balkan.

## II.

In dem Bestreben, das Adriatische Meer in ein italienisches zu verwandeln, hat der italienische Faschismus bereits seine Tatze auf Fiume gelegt und geht eben daran, Albanien vollständig zu seiner Kolonie zu machen. Der Vertrag von Tirana lieferte Albanien dem italienischen Protektorat aus. Er war das Ergebnis der Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini und der englischen Garantierung der italienischen Naphthainteressen in Albanien. Dieser Vertrag verbürgt den status quo in Albanien, d. h. das feudale Regime des Ahmed Bey Zogu. Auf Grund dieses Vertrages kann Albanien jederzeit von Italien okkupiert werden. Ein beliebiger Aufstand in Albanien gegen

dieses feudale Regime kann von Mussolini dazu benutzt werden, um dieses Land zu besetzen, und zwar unter dem Vorwand, die „albanische Unabhängigkeit“ zu schützen.

Die Interessen Italiens und Jugoslawiens in Albanien sind einander entgegengesetzt. Im Juni 1924 unterstützte Mussolini die nationale Revolution in Albanien; diese richtete sich gegen das Regime Ahmed Bey Zogus, der unter dem Schutz der serbischen Bourgeoisie stand. Nach dem Siege der Revolution stand Fan Noli an der Spitze der neuen Regierung. Die alte Regierung mit Ahmed Zogu an der Spitze mußte nach Jugoslawien flüchten. Als aber Fan Noli den Versuch machte, eigene Politik zu treiben und diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion anzuknüpfen, bildeten England, Italien und Jugoslawien sofort eine Einheitsfront zum Sturze der Regierung Fan-Noli. Der jugoslawische Außenminister Dr. M. Nintschitsch erklärte offen in einem Interview („Matin“ vom 16. 2. 1927), daß seine Regierung den Aufstand finanziert und organisiert habe, um die Regierung Fan Noli zu stürzen und das alte feudale Regime Ahmed Bey Zogus wieder aufzurichten.

Eine Zeitlang schien es, als wäre es der jugoslawischen Regierung Paschitsch-Nintschitsch gelungen, mit Hilfe der britischen Diplomatie zu einem Einverständnis mit dem italienischen Faschismus zu gelangen. Nach dem Vertrag vom Jahre 1924 verteilten Italien und Jugoslawien freundschaftlich unter sich die Einflußsphären in Albanien sowie an den anderen strittigen Stellen an der Adria. Jugoslawien gab seine Ansprüche auf Fiume zugunsten Italiens auf. Dafür anerkannte Italien die jugoslawischen Ansprüche auf die ganze dalmatinische Küste. Die großserbische Regierung ging einen Vergleich mit der italienischen Regierung ein, um in dem Kampfe gegen Bulgarien und Griechenland um die strittigen Punkte in Mazedonien und an der Küste des Aegäischen Meeres (Saloniki) die Hände frei zu bekommen.

Aber bald darauf erwies es sich, daß Italien gar nicht ernsthaft an eine Aufteilung der Interessensphären in Albanien denkt. Der italienische Faschismus machte sich den nordalbanischen Aufstand gegen Ahmed Bey Zogu im November 1926 zunutze und zwang ihn, den Pakt von Tirana zu unterzeichnen. Also ist Albanien heute ein Vorposten des italienischen Imperialismus auf dem Balkan.

Das italienische Kapital macht bereits große Eroberungen in Albanien. Der Außenhandel Albaniens im Jahre 1925 ergibt das folgende Bild: auf den Anteil Italiens entfielen 75 Prozent, auf Griechenland 21 Prozent, auf Jugoslawien 3 Prozent. Folglich kamen drei Viertel des gesamten Umsatzes auf Italien. Im Jahre 1926 wurde die *E r s t e A l b a n i s c h e B a n k* mit einem Kapital von 12,5 Millionen Goldfranken ins Leben gerufen; von dieser Summe kommen 50 Prozent auf Italien, 23 Prozent auf Albanien, 15 Prozent auf die Schweiz, 8 Prozent auf Jugoslawien und 4 Prozent auf Belgien. Zudem sind der Vorsitzende der Bank und zwei Direktoren Italiener. Die Hälfte des Goldreservfonds befindet sich in italienischen Banken. Ueberdies erhielten die Italiener große Konzessionen zur Ausbeutung der albanischen Naturschätze. In das albanische Heer treten Italiener als Offiziere und Unteroffiziere ein.

Mit Unterstützung der englischen Diplomatie gelang es Italien, den französischen Einfluß in Rumänien zu schwächen und die rumänisch-ungarischen Gegensätze zu mildern. Zudem ratifizierte Italien die Annexion Bessarabiens. Da es England bisher noch nicht gelungen ist, Jugoslawien in die Wirkungssphäre seines Einflusses hineinzuziehen und es der französischen Orientierung abspenstig zu machen, so isolierte es dieses Land fast vollkommen mit Hilfe des italienischen Faschismus. Nicht ohne Wissen und Unterstützung von seiten Englands und Italiens betätigen sich die mazedonischen nationalen Organisationen in Mazedonien. Ebenfalls nicht ohne Beeinflussung durch Italien zögert Griechenland, den Vertrag mit Jugoslawien zu unterzeichnen. Auf Veranlassung der englischen Diplomatie verzichtete Ungarn auf die Annäherung an Jugoslawien und schloß einen Vertrag mit Italien. Vermittels dieses Vertrages setzt Italien die Politik der Isolierung Jugoslawiens fort, stärkt auf diese Weise den sowjetfeindlichen Block und unterstützt alle franzosenfeindlichen Elemente auf dem Balkan.

### III.

Die serbische Bourgeoisie merkte sofort, daß sie vor der Gefahr stehe, vollkommen von dem Kampfe um die Hegemonie auf dem Balkan abgedrängt zu werden. Deshalb begann sie, mit Hilfe Frankreichs eifrig zu rüsten und sich systematisch auf den kommenden Krieg vorzubereiten. Die jugoslawische Regierung verbrauchte alljährlich im Durchschnitt für Heer und Flotte 19 bis 20 Prozent des gesamten Staatsbudgets; von 1919 bis 1927 gab sie für das Heer 16 326 Millionen Dinar aus. Zahlenmäßig ist das stehende Heer sehr stark: auf je 98 Einwohner kommt ein Soldat. Außerdem werden alljährlich dem Verkehrsministerium Nachtragskredite gewährt, und zwar für militärische Bauten, Kasernen, für neu auszubauende strategische Eisenbahnlinien usw. Es entwickelt sich die Kriegsindustrie, erweitert sich die Produktion in den kriegstechnischen Werken und entstehen neue militärische Fabriken. Besondere Aufmerksamkeit wird der Luftschiffahrt und der chemischen Industrie gewidmet. Die serbischen Regierungskreise wissen genau, daß Italien die Politik der Einkreisung Jugoslawiens mit Hilfe der englischen Diplomatie durchführt. Ein serbischer Diplomat sagt in der Belgrader „Politika“ (vom 15. Mai 1927) folgendes:

„Unser Konflikt mit Italien veranlaßte die europäische öffentliche Meinung, sich eingehender für die internationale Politik Englands zu interessieren, weil es keinem Zweifel unterliegt, daß es Mussolini nie gewagt hätte, seine heutige Position in bezug auf den Tirana-Pakt einzunehmen, wenn er nicht sicher wäre, daß Chamberlain ihn voll und ganz unterstützt. Das gefährliche Spiel des italienischen Faschismus soll auch für Chamberlain den Boden für Konflikte mit der Türkei und der Sowjetunion bereiten. Zweifellos werden in diesem Augenblick die Verhinderung der Bildung eines Balkanblocks und der Zusammenbruch der Kleinen Entente für die englische Diplomatie vorteilhaft sein. Die Pariser „Europe Nouvelle“ nennt Italien einen Büttel der englischen Interessen. Diese Büttelrolle muß Mussolini im Bereich des Mittelländischen Meeres sehr aufmerksam durchführen; er muß alles mögliche tun, damit die französischen und slawischen Interessen nicht den englischen Interessen abträglich werden...“

Die serbische Bourgeoisie fühlt, daß nach dem Tirana-Pakt Albanien der wirkliche Vorposten des italienischen Imperialismus auf dem Balkan geworden ist; sie weiß auch, daß Mussolini an Albanien nicht genug haben wird, und daß nach Albanien die Reihe an Dalmatien sein wird. Aus diesem



Anlaß äußert „Samoprava“, das Organ der herrschenden groß-serbischen Radikalen Partei folgendes (10. Mai 1927):

„. . . . „Trotzdem unser Recht auf einen Ausgang zum Adriatischen Meer anerkannt wird, tut Italien alles mögliche, damit dieses Recht illusorisch werde. Italien verhehlt nicht sein Bestreben, aus der Adria einen italienischen Teich, mare nostrum, zu machen. Eben deshalb werden in Italien offen Gelüste auf Dalmatien geäußert . . .“

Das letzte Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens befaßte sich ebenfalls mit der Frage der zugespitzten italo-jugoslawischen Beziehungen. Die vom letzten ZK-Plenum der KP Jugoslawiens angenommene Resolution besagt über die Außenpolitik der serbischen Bourgeoisie folgendes:

„. . . . Die allmähliche Verdrängung des imperialistischen Einflusses Jugoslawiens und Frankreichs vom Balkan durch den anglo-italienischen Imperialismus führte zur Isolierung Jugoslawiens und, nach dem Abschluß des Tirana-Paktes, zur Verschärfung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien. Auf diese Weise erlitt die bis jetzt betriebene Außenpolitik Jugoslawiens einen vollständigen Zusammenbruch, der zugleich das Fiasko der imperialistischen Phantasien der serbischen Bourgeoisie von der jugoslawischen Hegemonie auf dem Balkan bedeutete, weil diese Politik mit der Offensive des italienischen Imperialismus auf dem Balkan in Kollision geriet. Doch ist dieser Zusammenbruch um so ernsthafter, als hinter den Kulissen des italienischen Imperialismus England steht, das bereit ist, Jugoslawien als ein eventuelles Geschenk an die jugoslawischen Nachbarstaaten anzusehen, sozusagen als Belohnung für deren Politik der Einkreisung der USSR und der Niederwerfung der chinesischen Revolution . . .“

„Gegen die Versuche der serbischen Bourgeoisie, den Krieg gegen Italien als Verteidigungskrieg darzustellen, muß auf das entschiedenste angekämpft werden, denn dieser Krieg trüge in der Tat einen imperialistischen Charakter, — nicht nur infolge der Eroberungspolitik des italienischen Imperialismus, sondern auch infolge der imperialistischen Politik der serbischen Bourgeoisie in bezug auf die unterdrückten Völkern Jugoslawiens und sein Streben nach der Hegemonie auf dem Balkan. Deshalb ist es Pflicht des revolutionären Proletariats, gemeinsam mit der Bauernschaft diesen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, um den Kapitalismus zu stürzen und die Macht der Arbeiter und Bauern einzusetzen . . .“

Der Parole, „der Balkan den Balkanvölkern“, die in Wirklichkeit das Streben der serbischen Bourgeoisie nach der Hegemonie auf dem Balkan bedeutet, setzen wir die auf die Sowjetunion gestützte Union der Arbeiter- und Bauernrepubliken des Balkans entgegen, als den einzigen Weg zur Befreiung der Balkanvölker aus der imperialistischen Sklaverei.“

#### IV.

Als der italo-jugoslawische Konflikt zum Ausbruch kam, befließigte sich die Kleine Entente des tiefsten Schweigens. Der Tirana-Pakt, die Zustimmung Mussolinis zur Annexion Bessarabiens, der Abschluß eines Vertrages zwischen Ungarn und Italien, die Zurückziehung der militärischen Kontrolle aus Ungarn, die Realisierung der sogenannten Flüchtlingsanleihe für Bulgarien zeigten anschaulich, daß die Kleine Entente ihre Grundlage eingebüßt hat. Das offenbarte sich auch übrigens deutlich in der Konferenz der Kleinen Entente, die unlängst — vom 13. bis zum 16. Mai d. J. — in der Tschechoslowakei (in Joachimstal) tagte.

Die „Verbündeten“ Jugoslawiens, die Tschechoslowakei und Rumänien, erwiesen ihm während seines Konfliktes mit Italien faktisch keinerlei Unterstützung; sie begnügten sich bloß damit, daß sie auf der Konferenz den platonischen Wunsch äußerten, daß sich zwischen der Kleinen Entente und Italien die so notwendigen aufrichtigen freundschaftlichen Beziehungen anbahnen mögen. Auf diese Weise bezeugte die Konferenz, daß die italo-jugo-

slawischen Beziehungen „außerhalb der Kompetenz der Kleinen Entente“ stehen.

Hinsichtlich des Verhältnisses der Kleinen Entente zu Ungarn wurde auf der Konferenz auf die Unzulässigkeit hingewiesen, private Schritte zur Annäherung verschiedener Mitglieder der Kleinen Entente an Ungarn zu unternehmen, da solche Schritte die Entente schwächen. Aber diese platonische Erklärung hinderte keineswegs das Belgrader Regierungsorgan „Samoprava“, sofort nach der Konferenz die Frage zu besprechen, ob der Abschluß eines separaten Garantievertrages zu wünschen sei. Folglich hat auch diese Konferenz der Kleinen Entente gezeigt, daß Ungarn eine Macht darstelle, mit der die Staaten der Kleinen Entente rechnen müssen. Diese seine Macht jedoch erwarb Ungarn infolge der anglo-italienischen Zusammenarbeit im Südosten Europas.

In dem gleichen Maße — wenn nicht noch in einem höheren — muß die Kleine Entente auch mit dem wiedererstehenden Imperialismus Deutschlands rechnen. Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch erklärte dem Berichterstatter des „Prager Tageblatt“ nach der Konferenz in Joachimstal folgendes:

„Wir unterhielten uns auch über das Verhältnis zu Deutschland . . . . Diese Frage berührt jene Länder, zu denen jedes Mitglied der Kleinen Entente infolge seiner geographischen Bedingungen seine speziellen Beziehungen im Auge behalten und mit den allgemeinen Zielen unseres Bundes in Einklang bringen muß. Was die Beziehungen unseres Landes zu Deutschland anbetrifft, so muß ich sagen, daß diese sehr gut sind, und ich dringe darauf, daß sie noch besser werden. Ich hoffe, daß ich damit Erfolg haben werde, falls die gegenwärtige politische Lage in Europa sich normal entwickeln wird.“

Also ist das Haupt der Kleinen Entente, Frankreich, nicht imstande, der Volkswirtschaft der Staaten der Kleinen Entente zu helfen. Deshalb müssen Jugoslawien ebenso wie Rumänien Deutschland hofieren, in der Hoffnung auf finanzielle Unterstützung durch das letztere.

In dem Verhältnis zur Sowjetunion verharnte die Konferenz der Kleinen Entente auf ihrem früheren Standpunkt. Marinkowitsch erklärte den Belgrader Journalisten:

„Wir unterhielten auch dann keine Handelsbeziehungen zu Rußland, als dort noch Ordnung herrschte. Welche Handelsbeziehungen zu ihm wären heute möglich? Wir werden doch nicht seine Broschüren kaufen und verkaufen. Handelsbeziehungen zu Rußland sind nur ein Märchen.“

Auf dieser Konferenz wurde unter anderem auch die Erweiterung der Kleinen Entente, die Abschaffung der Zollschranken, die Schaffung eines „mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks“ besprochen, für den außer den Staaten der Kleinen Entente auch Polen, Ungarn und Oesterreich gewonnen werden sollen.

Im großen und ganzen bestand das Resultat dieser Konferenz der Kleinen Entente in der Stärkung und Verbreiterung des Antisowjetblocks. Der italo-jugoslawische Konflikt trat in den Hintergrund. Diese Milderung der italo-jugoslawischen Beziehungen hat gezeigt, daß es die englische Diplomatie versteht, rasch „den Kampf einzudämmen, der zwischen den imperialistischen Staaten leicht entbrennen kann, und sie zu einer Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Arbeiterklasse und ihren proletarischen Staat, zusammenzuschließen“. Der Besuch des französischen Präsidenten in

London verfolgte das gleiche Ziel, den Wettstreit zwischen den Räubern auf dem Balkan abzustellen, die einander die Beute abjagen, und die Entfaltung der Nachhut der polnisch-rumänischen Antisowjetfront zu fördern.

## V.

Gegenwärtig wird die Lage in Jugoslawien durch die Zuspitzung der landwirtschaftlichen Krisis gekennzeichnet, die sich letzthin auch auf die Industrie erstreckt. Die Folgen dieser schweren Krisis äußern sich in einer großen Anzahl von Arbeitslosen (150 000 bis 220 000 Mann), in der verstärkten Differenzierung der Bauernschaft, in der Linksschwenkung der Arbeiterklasse, in der Entstehung neuer politischer Gruppierungen, in der fortwährenden Regierungskrise. Die neue Regierung Vukitschewitsch wurde ohne Wissen und Gutheißung der parlamentarischen Gruppen gebildet und bedeutet in Wirklichkeit die Rückkehr zum reaktionären Regime der großserbischen Bourgeoisie. Die neue Regierung, ohne Kroaten und Slowenen, mit vier nichtparlamentarischen Ministern (davon sind zwei Generale), jedoch mit Vertretern der serbischen Parteien — der Radikalen und Demokraten —, stellt zweifellos die Hegemonie der serbischen Bourgeoisie dar. Allein schon die Methode der Zusammensetzung dieser Regierung demonstriert genügend anschaulich den Bankrott des Parlamentarismus in Jugoslawien.

Die großserbische Regierung Vukitschewitsch ist mit aktiver Unterstützung der militaristischen, monarchistischen Kamarilla („Weiße Hand“) entstanden und wird ohne Zweifel die Politik der nationalen Bedrückung in noch roherer Form fortsetzen; sie wird die Durchführung der Agrarreform sabotieren und in bezug auf die revolutionären Arbeiter- und Bauernorganisationen die schrecklichsten Formen des weißen Terrors in Anwendung bringen. Zudem bedeutet dieses großserbische Regime eine **ernstliche Kriegsgefahr**.

Der ehemalige Außenminister Dr. Peritsch erklärte zu Beginn dieses Jahres im Parlament, „das jugoslawische Volk werde mit Freuden die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion begrüßen“. Dagegen nannte der jetzige Minister Dr. Marinkowitsch nach seiner Rückkehr aus Joachimstal die Handelsbeziehungen zur USSR ein Märchen. Raditsch entgegnet in seinem Organ „Dom“ (vom 25. Mai 1927) dem jetzigen Minister mit den folgenden Worten:

„ . . . . Augenscheinlich glaubt Herr Marinkowitsch, er sei Außenminister des kleinen Serbien vor dem Kriege. Aber unser heutiges Land hat mit Rußland bereits große Handelsinteressen gemeinsam. Unsere Handelsflotte könnte den Transport russischen Naphthas, Getreides, Holzes, unseres Zements besorgen . . . . Gegenwärtig tut dies die italienische Handelsflotte, während unsere Dampfer und Barken untätig auf der Donau liegen und verfaulen . . . . Die Gefahr liegt nicht darin, was Mussolini gegen uns vorbereitet, sondern darin, daß er bisher im Außenministerium bewußte und unbewußte Helfershelfer hatte. Alledem muß durch beschleunigte Parlamentswahlen ein Ende gemacht werden. Ueber unser ganzes Land muß wie ein Sturmwind unsere laute Forderung dahinbrausen, daß derjenige nicht mehr Außenminister sein darf, der unaufhörlich Italien seiner Freundschaft versichert . . . ., während er mit Drohungen und Beschimpfungen an die Adresse Bulgariens und Rußlands um sich wirft . . . .“

Aber der Minister Marinkowitsch stößt sich nicht an der Kritik Raditsch', den er bei der Durchführung der großserbischen Politik als Hindernis ansieht. In der Belgrader Zeitung „Trgovinski Glasnik“ erscheinen neuer-

dings bereits unter Mitwirkung der Regierungsorgane Aufsätze über die Nutzlosigkeit und Gefährlichkeit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion. Gewiß wird diese Bearbeitung der öffentlichen Meinung nicht so leicht vonstatten gehen, was auch von dem obenerwähnten Aufsatz des Vorsitzenden der kroatischen Bauernpartei, Raditsch, bewiesen wird. Das Organ des Außenministers Dr. Marinkowitsch, die „Samuprava“ (vom 26. Mai 1927) schreibt folgendes:

„ . . . . Der Abbruch der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion stellt die wichtigsten Elemente der gegenwärtigen Weltpolitik dar. Alle anderen Konflikte . . . . treten zurück oder verschwinden vielleicht vollständig. Das Zusammentreffen Briands mit Chamberlain zeigt . . . ., daß zwei der wichtigsten Großmächte Europas hinsichtlich der Abwehr gegen die Sowjets zu einer Verständigung gelangt sind. In dem Kampfe zwischen diesen zwei Großmächten und der Sowjetunion, als dessen Auftakt der Abbruch der anglo-sowjetrussischen Beziehungen anzusehen ist, kann es wohl keine wirklich neutralen Länder geben. Jedes Land wird genötigt sein, sich für die eine oder die andere Partei zu entscheiden . . . . Was unser Land anbetrifft, so wird in kurzer Zeit mit Bestimmtheit gesagt werden können, daß es nicht unmittelbar in die Verwicklungen hineingezogen werden wird, die infolge des Abbruchs der anglo-sowjetrussischen Beziehungen bevorstehen . . . . Es kann gesagt werden, daß unser Land keinen Fehler beging, als es seinerzeit nicht dem momentanen Impuls (solche Einflüsse sind in der Politik sehr schädlich und gefährlich) nachgab und sich nicht beeilte, die komplizierte Frage der Beziehungen zur Sowjetunion zu lösen. In kurzer Zeit werden wohl auch diejenigen damit einverstanden sein, die vielleicht glaubten, die bekannte Erklärung unseres Ministers bedauern zu müssen, in der er sagte, daß die Handelsbeziehungen zwischen uns und der Sowjetunion vorerst nur einen Handel mit Broschüren darstellen würden.“

Also behauptet das Regierungsorgan „Samuprava“ einerseits, daß es in dem bevorstehenden Kampfe keine neutralen Länder geben kann, und andererseits, daß Jugoslawien nicht „unmittelbar in die Verwicklungen hineingezogen werden wird“. Der Minister Marinkowitsch bekennt nach seiner Rückkehr von der Konferenz der Kleinen Entente, daß alle Nebenbuhlerschaft zwischen den imperialistischen Räubern zurücktritt, und daß folglich auch der italo-jugoslawische Konflikt an Schärfe einbüßt. Die Annäherung zwischen England und Frankreich wirkte sofort auf die italo-jugoslawischen Beziehungen ein. Folglich fährt die englische Diplomatie fort, auch in Belgrad das Netz der Intrigen und Verschwörungen gegen den Frieden auszuwerfen. Und Herr Marinkowitsch hat vorerst den Auftrag erhalten, die öffentliche Meinung in der Richtung zu bearbeiten, daß eine freundschaftliche Beilegung des italo-jugoslawischen Konfliktes wünschenswert und der „Handel mit russischen Broschüren“ nutzlos sei. Mit anderen Worten: die großserbische Regierung wird in dem sich vorbereitenden Kriege gegen den proletarischen Staat, gegen die russische Revolution nicht neutral bleiben. Gewiß beruhigt die offizielle serbische Presse vorerst die öffentliche Meinung damit, daß Jugoslawien nicht unmittelbar in den Krieg gegen die Sowjetunion hineingezogen werden wird. In Wirklichkeit verbreitet die Regierungspresse mit solchen Erzählungen nur pazifistische Illusionen, um den Kampf gegen den Angriff auf die Sowjetunion zu desorganisieren. Denn wozu sollte eine Einheitsfront der Arbeiter, Bauern und unterdrückten Völkerschaften zur Bekämpfung des den Krieg erzeugenden Regimes gebildet werden, wenn Jugoslawien nicht unmittelbar in den Kampf hineingezogen werden wird, wenn „dieser Kelch an uns vorübergehen wird“?

Da die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer mehr droht, so setzt sich die KP Jugoslawiens gegenwärtig zum wichtigsten Ziel, den Kampf im Geiste der Resolutionen, Anordnungen und Direktiven des letzten Plenums des EKKI gegen die Kriegsgefahren zu führen und diesen Kampf mit allen übrigen Aufgaben der Partei in Einklang zu bringen. Zur Bekämpfung des Krieges mobilisiert die KP Jugoslawiens die breiten Massen des Proletariats und der Bauernschaft und ruft die Einheitsfront der Arbeiter, Bauern und unterdrückten Völkerschaften ins Leben.

Der Krieg gegen die USSR ist ein Klassenkrieg, ist ein Krieg gegen die Arbeiterklasse, gegen die werktätige Bauernschaft und die unterdrückten Völkerschaften. Deshalb führt die KP Jugoslawiens einen Kampf gegen den Krieg und „wird sich zum Schutze nicht des Vaterlandes seiner Ausbeuter, sondern seines eigenen Vaterlandes, der Heimat der Arbeiterklasse und der Ausgebeuteten in der ganzen Welt, erheben“.

P. S. Nach Abfassung dieses Artikels erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien. Diese neue Kurve in der Politik der jugoslawischen Regierung widerstrebt dem strategischen Plan des britischen Imperialismus, der bestrebt ist, alle einzelnen Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten zu mildern, um diese zu einem einzigen sowjetfeindlichen Block zusammenzuschweißen. Diese Kurve ist nur eine Widerspiegelung der Tatsache, daß es England im gegenwärtigen Augenblick noch nicht gelungen ist, zu einer vollkommenen Uebereinstimmung mit Frankreich und Deutschland in bezug auf eine gemeinsame Aktion zu gelangen, was auch in Genf klar zutage getreten ist. Die Redaktion.

K. S.:

## DIE ENTWICKLUNG DER MILITÄRFRAGE UND DIE STELLUNG DES MARXISMUS- LENINISMUS\*

### *1. Die Stellung der revolutionären Bourgeoisie zur Militärfrage*

#### Die Erfahrungen der Kriege der französischen Revolution

Die Militärfrage im engeren Sinne, d. h. die Frage der Wehrverfassung spielt die größte Rolle in der europäischen Politik seit der Schaffung der stehenden Söldnerheere durch den Absolutismus an Stelle der feudalen Aufgebote. Insofern sie gegen die feudalen gesellschaftlichen und staatlichen Schranken kämpften, den Staat zentralisierten und so die mittelalterlichen Hemmungen für den Handel und die moderne Industrie beseitigten, lagen diese stehenden Söldnerheere im Interesse der Bourgeoisie. Aber sie waren ihr zugleich eine schwere Last. Erstens weil sie viel Geld kosteten, zweitens, weil sie die Stütze des Absolutismus und

\* Schluß des Artikels in KI Nr. 25.

des Hofadels auch im Kampfe gegen die Bourgeoisie selbst waren. Daher war gerade die Militärfrage der Punkt, bei dem die aufstrebende Bourgeoisie zuerst die Frage des Staates stellte oder vielmehr versuchte, durch allerlei Reformrezepte die Lasten und die Unterdrückung des zentralisierten Staates aufzuheben, ohne offen die Frage des Staates und der Revolution zu stellen. Die französische Aufklärung des 18. Jahrhunderts, Montesquieu, Voltaire, die Enzyklopädisten wetterten in allen Tonarten gegen die stehenden Heere. Bei Turgot, dem Anhänger der physiokratischen Schule der Nationalökonomie, findet sich schon der Vorschlag ihrer Ersetzung durch eine Miliz. Und es war vor allem Rousseau, der Ideologe der revolutionären Bourgeoisie, der unter Hinweis auf das Beispiel der Schweiz die Miliz verfocht als Spekulation über einen Idealzustand ohne stehende Heere, eine Art militärisches Pendant der Menschenrechte. (Siehe darüber Franz Mehring: „Miliz oder stehendes Heer“, Neue Zeit, XXXI. 2, S. 553, 1913.)

Wie in allen anderen Fragen, so war auch die Ideologie der revolutionären Bourgeoisie in der Militärfrage tief widerspruchsvoll: einerseits verlangte sie eine Beseitigung des Feudalismus und Absolutismus, was ohne Krieg mit dem monarchistischen Europa nicht möglich war, andererseits aber wollte sie durch vollständige Abschaffung aller stehenden Heere auch das einzige Machtmittel abschaffen, solche Kriege durchzuführen. Einerseits wagte sie es nicht, den Absolutismus zu stürzen, andererseits wollte sie den Staat überhaupt durch eine ideal ausgeklügelte Reform in die bewaffnete Gesellschaft auflösen. Kurz, man wollte den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Aber wie alle jene Illusionen der revolutionären Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts, so hat auch diese Illusion der Miliz einen vollkommenen „Sündenfall“ erlebt.

Es ist wichtig, dies zu betonen, weil in den Milizideen der II. Internationale ein Jahrhundert später viel von jenem naiven Idealismus miteingeflossen ist. Man hat sogar versucht (z. B. Kautsky in seiner Debatte gegen Schippel 1899, vor allem aber Jaurès in seinem großen Werke „Die neue Armee“ 1912), die militärischen Erfolge der französischen Revolution auf das Konto der Verwirklichung der Rousseauschen Milizidee zu setzen. Nichts ist irriger als dies. Wohl haben die großen Kriege jener Epoche, vom amerikanischen Freiheitskrieg über die Kriege des Konvents und Napoleons I., bis zum spanischen Volkskrieg und den deutschen Freiheitskriegen gegen Napoleon, das Militärwesen vollkommen umgewälzt. Aber nicht etwa durch Verwirklichung der Milizverfassung. Im Gegenteil! Diese Kriege haben eine neue Taktik geschaffen. Sie haben auch eine neue Heeresverfassung auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht das erstemal verwirklicht. Aber eines ihrer wichtigsten Ergebnisse neben diesen neuen Errungenschaften war eben, daß sie schlagend die Unrealisierbarkeit der Milizverfassung für einen bürgerlichen Großstaat bewiesen haben. Das ist sowohl von der bürgerlichen Milizliteratur aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, wie von der sozialdemokratischen der II. Internationale verschwiegen worden. Gerade jene großen Kriege waren es, die den alten Milizphantasien der Aufklärungszeit den Todesstoß gaben. Sie haben bewiesen: 1. daß eine reine Miliz als dauernde Wehrverfassung in einem Großstaat sich nicht verwirklichen läßt; 2. daß die Milizaufgebote, die im Laufe der Kriege, wie z. B. im ameri-

kanischen Freiheitskrieg in seinem ganzen Verlauf, in Frankreich in der Konventzeit in Aktion traten, militärisch minderwertig waren, bzw. daß ihre Stärke nicht in ihrer milizmäßigen Organisation, sondern neben dem revolutionären Elan — in der neuen Taktik dieser Volksheere lag, die aber auch einem stehenden Heere zugänglich war und gerade die „stehenden Heere“ Napoleons unüberwindlich gemacht hat. (Siehe d. zit. Artikel F. Mehrings.)

Diese militärischen Erfahrungen der Revolutionskriege sagen natürlich nichts gegen die revolutionäre Bedeutung der allgemeinen Volksbewaffnung, wie sie z. B. die französische Revolution durchgeführt hat. Aber der Zweck oder doch der Erfolg dieser Volksbewaffnung war keineswegs die unmittelbare Niederschlagung der äußeren Feinde, sondern in erster Linie die Niederschlagung der Konterrevolution im Innern.\* Als am 1. August 1792 die gesetzgebende Versammlung auf Antrag Carnots beschloß, alle Bürger mit Piken zu bewaffnen, bedeutete das nichts anderes, als daß das bewaffnete Volk selbst die Exekutive der Dekrete übernahm, die die Reste der feudalen Vorrechte abschafften. Die rein bourgeoise Nationalgarde wurde durch die Bewaffnung der unteren Schichten des Kleinbürgertums, der Halbproletarier und proletarischen Elemente, vor allem aber der Bauern umgewandelt in ein wirkliches Instrument der Revolution. Die militärische Bedeutung dieses Beschlusses aber war bloß eine mittelbare. Die Grundlagen der revolutionären Armeen wurden erst geschaffen durch die Gesetze des Konvents vom 21. Februar und 23. August 1793 über die Verschmelzung der revolutionären Aufgebote mit den alten Linientruppen und die allgemeine Aushebung. Dieses Gesetz, vor allem die Verschmelzung mit den Linientruppen, die im Februar 1794 durch ein weiteres Gesetz vollendet wurde, führte zu einem interessanten Konflikt in der militärischen Leitung der Revolution selbst. Carnot, der schon seinen Antrag vom 1. August 1792 mit einem sehr idyllischen Ausblick auf die Milizorganisation der Zukunft begründet hatte, wollte eine homogene Milizorganisation durchsetzen. Dubois-Crancé, der weit klarer als Carnot die Unmöglichkeit dieser Organisation einsah, trat mit größter Schärfe für die Beibehaltung des stehenden Heeres ein, freilich als Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht, ergänzt durch Reserve und eine milizartige Territorialarmee. Im Konvent hat Dubois-Crancé über Carnot gesiegt, trotzdem der Wohlfahrtsausschuß sich auf dessen Seite stellte: das moderne stehende Heer der allgemeinen Wehrpflicht hat über die Milizidee gesiegt. Und das geschah nicht erst in der Periode der Konterrevolution, sondern zu einer Zeit, wo die Revolution sich in aufsteigender Linie bewegte. Die Heeresorganisation von Dubois-Crancé war die Grundlage der Siege der französischen Revolutionsarmeen. Es ist bezeichnend, daß Jaurès diesen Konflikt, der für die Beurteilung der Lehren der französischen Revolution in der Frage der Heeresverfassung von großer Bedeutung ist, verwischen will (siehe Jean Jaurès „Die neue Armee“, deutsche Ausgabe Jena 1913, S. 179). Wir werden später sehen, daß diese Verwischung nicht ohne einen bestimmten Zweck geschah.

\* Die freilich damals die Voraussetzung war für den äußeren Sieg. In der klaren Erkenntnis dieses Zusammenhanges lag ja eben die Stärke der entschieden-revolutionären Partei, der Jakobiner.

Wenn wir die Erfahrungen der französischen Revolution in der Militärfrage kurz zusammenfassen wollen, so sind es folgende:

1. Die Unmöglichkeit der reinen Miliz, d. h. einer alle Klassen umfassenden selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung.

2. Die stehenden Heere auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht als neue revolutionäre Wehrverfassung der bürgerlichen Nationalstaaten;

3. Die revolutionäre Bedeutung der „allgemeinen Volksbewaffnung“, d. h. der Bewaffnung der unter dem Namen „dritter Stand“ verbündeten revolutionären Klassen im Kampfe gegen die Staatsmacht des Absolutismus und gegen die Konterrevolution.

Die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht haben im Kampfe gegen die Unterdrückung durch Napoleon die nationalen Bourgeoisien aller unterjochten Nationen auf ihre Fahne geschrieben und zum Teil verwirklicht. Die Epoche der Restauration und der heiligen Allianz hat, wie viele anderen revolutionären Errungenschaften der großen Revolution und der Befreiungskriege so auch diese in ganz Europa wieder begraben. Mit einer Ausnahme: **P r e u ß e n**. Wie der preußische Polizeistaat wider Willen durch seinen Professor Hegel die Dialektik der französischen Revolution **p h i l o s o p h i s c h**, so hat er in seiner Landwehrverfassung die revolutionären Ergebnisse der französischen Revolution militärisch durch die heilige Allianz und den Vormärz hindurchgerettet. Die Gründe dieser sonderbaren Erscheinung sind hier nicht wichtig, sie lagen vor allem in der Kleinheit des preußischen Staates im Vergleich zu seinen großen reaktionären Bundesgenossen Rußland und Oesterreich. Wichtig aber ist, daß diese Wehrverfassung, trotz ihrer absichtlichen Vernachlässigung durch die konterrevolutionären Regierungen, trotz der reaktionären Rolle der preußischen Armee, ja selbst der Landwehr, im Jahre 1848, dennoch eine **r e v o l u t i o n ä r e T a t s a c h e** blieb. Engels hat dies oft hervorgehoben. Und er kam dabei in die Lage, diese revolutionäre Wehrverfassung verteidigen zu müssen, eben gegen jene Illusionen der „reinen Miliz“, die wie alle anderen Ideen der französischen Aufklärung in der bürgerlichen Vulgärdemokratie Deutschlands um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine schlechte Neuaufgabe fanden.

Dies war der Fall besonders nach 1848. Die preußische Bourgeoisie, die aus Angst vor dem Proletariat vor dem Absolutismus kapituliert hatte und zum Dank von ihm mit kräftigen Fußtritten behandelt wurde, versuchte nun durch radikale Spekulationen von einem Milizheer ohne Berufsoffiziere gleichsam „auf trockenem Wege“ dem Absolutismus seine Hauptstütze, das feudale Offizierskorps, zu entziehen. In diesen „Kämpfen“ der liberalen und demokratischen Bourgeoisie Preußens um die Heeresverfassung, die den nationalen Kriegen von 1864, 1866 und 1870 vorhergehen, ist Engels das erstmal mit einer speziellen Schrift zur Militärfrage an die Öffentlichkeit getreten, die auch heute noch für die Taktik des Proletariats in der national-bürgerlichen Revolution bedeutende Lehren enthält.

Bevor wir aber auf die konkreten militärischen Lehren eingehen, die Marx und Engels aus den Kriegen und Revolutionen des 19. Jahrhunderts gezogen haben, wollen wir kurz ihre **g r u n d s ä t z l i c h e n G e s i c h t s p u n k t e** in der Militärfrage vorweg darlegen.



## 2. Die grundsätzliche Stellung des Marxismus zur Militärfrage

Ebenso wie ihre Ansichten über die politische und ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, haben Marx und Engels ihre grundlegenden Ansichten zur Militärfrage nicht nur im Kampfe gegen den Absolutismus und die Reaktion, sondern auch — und dies ist der entscheidende Punkt — im Kampfe gegen die Illusionen der bürgerlichen Demokratie entwickelt. Die entscheidenden Gesichtspunkte dieser Stellung von Marx und Engels (es war vor allem Engels, der auf diesem Gebiete arbeitete) sind die folgenden.

Erstens: der Marxismus betrachtet die Wehrverfassung nicht als Ding an sich, das für sich allein beliebig geändert oder aus der Welt geschafft werden kann, sondern als ein bzw. das wichtigste Element des Staates, entweder des bestehenden oder eines in Bildung begriffenen neuen revolutionären Staates.

Diese Verbindung der Militärfrage mit dem Staate, ihre Betrachtung als eine Teilfrage der Frage des Staates, ist der entscheidende Gesichtspunkt. Eben diese Verbindung fehlt allen vormarxistischen Stellungen zur Militärfrage, aber auch der Stellung der reformistischen und Zentrums-Theoretiker der II. Internationale vor dem Kriege\*.

In seinem 1884 erschienenen Werk „Der Ursprung der Familie“ stellt Engels die Entstehung des Staates aus der alten Gentilorganisation dar. Nachdem er als erstes Moment die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet hervorgehoben hat, schreibt er:

„Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen . . . Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat, sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art . . .“

(F. Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, Stuttgart, 1920, S. 178.)

Die entscheidenden Elemente des Staates sind also die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ (Lenin). Der deutsche reaktionäre Historiker Treitschke hat dies später mit dem Wort ausgedrückt: „Regieren heißt bewaffneten Menschen befehlen“. Obwohl in diesem Paradoxon eine Uebertreibung nach der anderen Seite steckt, steht es doch an Erkenntnis der realen Zusammenhänge zwischen Staat und Militär turmhoch über den damaligen bürgerlich-demokratischen und den meisten späteren sozialdemokratischen „theoretischen“ Aeußerungen zur Militärfrage.

Der Staat als besondere Macht über der Gesellschaft ist entstanden infolge der Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Er ist ein Instrument der Unterdrückung der ausgebeuteten durch die ausbeutenden Klassen. Die wichtigste Stütze des Staates aber sind die besonderen bewaffneten Formationen, d. h. in der Epoche der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft die stehenden Heere. Von diesem Standpunkt aus erscheinen die vulgär-demokratischen Spekulationen, in der bürgerlichen Gesellschaft die stehenden Heere zu beseitigen und sie in die „bewaffnete Nation“, reine Miliz usw.,

\* Dasselbe gilt auch für die heutigen sozialdemokratischen „Militärtheoretiker“, sofern sie nicht diese Verbindung in offen konterrevolutionärer Weise herstellen.

d. h. in eine „selbsttätige bewaffnete Organisation der gesamten Bevölkerung“ aufzulösen, als reine Hirngespinnste. Engels hat sie auch stets mit ebensolcher Schärfe abgewiesen wie die vulgär-demokratische oder anarchistische Ignorierung oder „Abschaffung“ des Staates. Er vertritt in der Militärfrage einen Standpunkt, der direkt aus der marxistischen Staatslehre folgt. Anlässlich des amerikanischen Bürgerkrieges schreibt er am 16. Januar 1868 an Marx (siehe Briefwechsel, IV. Band, Seite 12):

„Was den Leuten beim Milizwesen überall imponiert, ist die große Masse der Leute, die man auf einmal bekommt, und die verhältnismäßige Leichtigkeit, die Leute auszubilden, besonders vor dem Feind. Das letztere ist aber nichts neues, der alte Napoleon konnte auch Dreimonatsrekruten in Regimenten formiert vor den Feind führen; dazu gehören aber gute Kaders und dazu eben wieder etwas anderes als das schweizerisch-amerikanische Milizsystem. Die Yankees hatten am Ende des Krieges noch sehr mangelhafte Kaders. Seit Einführung der Hinterlader ist es mit der puren Miliz erst recht am Ende, womit nicht gesagt ist, daß nicht jede nationale Militärorganisation irgendwo zwischen der preußischen und schweizerischen — in der Mitte liegt — wo? Das hängt von den jedesmaligen Umständen ab. Erst eine kommunistisch eingerichtete und erzogene Gesellschaft kann sich dem Milizsystem sehr nähern und auch da noch asymptotisch\*.“

Wir haben hier eine präzise Stellungnahme von Engels zur Militärfrage als der Teilfrage der Staatstheorie, die vollkommen entspricht der Stellung des Marxismus zur Frage des „Absterbens des Staates“. Also erst unter der Diktatur des Proletariats, nach Aufhebung der Klassen, wenn der Staat als politische Zwangsgewalt **abstirbt**, werden mit ihm auch die stehenden Heere sich auflösen, wird eine wirkliche Miliz, d. h. eine neue „selbsttätige bewaffnete Organisation der gesamten Bevölkerung“ möglich sein. Dasselbe sagt **Lenin**, wenn er den Staatsapparat der Diktatur des Proletariats bezeichnet als „eine Staatsmaschine, die von den bewaffneten Arbeitermassen gebildet wird und auf eine Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz **hinausläuft**“. (Siehe „Staat und Revolution“ Berlin 1926, S. 95.) Das Engelssche Wort „asymptotisch nähern“ und das Leninsche Wort „hinausläuft“ bezeichnen beide denselben Prozeß des **Absterbens** der stehenden Heere. Aber dieser Prozeß setzt voraus die Machtergreifung des Proletariats, seine Bewaffnung als Klasse, und zwar in der zweckmäßigsten und wirksamsten Form. Diese zweckmäßigste Form ist heute aus ökonomischen und technischen Gründen das stehende Heer (darüber werden wir weiter unten sprechen). Die Auflösung der stehenden Heere und die „selbsttätige bewaffnete Organisation der gesamten Bevölkerung“ ist also erst möglich, **nachdem** an die Stelle der bürgerlichen Klassenarmee eine **proletarische Klassenarmee** getreten ist.

Aber weiter. In seiner Kritik des Gothaer Programms sagt Marx — und Lenin führt dies weiter aus\*\*, — daß auch nach Aufhebung der Klassen der Staat noch nicht völlig abstirbt. Dies ist erst völlig möglich in der zweiten oder höheren Phase des Kommunismus, wenn auch der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit, der die Hauptursache der **gesellschaftlichen Ungleichheit**, und das „bürgerliche Recht“ (for-

\* Engels gebraucht hier bildlich einen Ausdruck aus der Mathematik, der bedeutet „ohne sie je ganz zu erreichen“. Es gibt eine Reihe von Kurven — die Hyperbeln und Parabeln —, die sich einer Geraden nähern, sie aber praktisch „nie“, d. h. erst im mathematischen „Unendlich“, erreichen.

\*\* Siehe „Staat und Revolution“, zitierte Ausgabe, S. 90 ff.

male Recht) verschwunden sein und die Menschen von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit gelangen werden. Wenn (nach den Worten von Marx) die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben wird „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, wenn keinerlei besondere Organe des Zwanges zur Einhaltung der Regeln des formalen Rechtes mehr nötig sein werden, wenn die Menschen „erzogen“ sein werden zur Innehaltung der einfachen Grundregeln für jedes menschliche Zusammenleben, erst dann wird eine völlige Auflösung der „besonderen bewaffneten Formationen“ in die allgemeine Volksbewaffnung oder sozialistische Miliz möglich sein. Es hat daher einen guten Sinn, wenn Engels neben den „Einrichtungen“ auch die kommunistische Erziehung der Menschen als Vorbedingung besonders betont\*.

Diese Stellung von Marx und Engels hat — wie ihre Stellung zum Staat selbst — die II. Internationale völlig verwischt und vergessen. Ihre Parole der „demokratischen Miliz“ oder Volkswehr (deren reale revolutionäre Bedeutung wir später näher untersuchen werden) spielte eine ähnliche Rolle wie die Parole der Demokratie überhaupt. Lenin hat in seinem Werke „Staat und Revolution“ nachgewiesen, daß der entscheidende Punkt der opportunistischen Verdrehung der marxistischen Staatslehre darin bestand, daß die Theoretiker der II. Internationale durcheinanderwarfen die Demokratisierung des Staates (im Interesse der Revolution) und die Theorie vom Absterben des Staates (nach vollzogener Revolution), und daß sie damit die wichtigste Aufgabe der proletarischen Revolution, nämlich das Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparates vertuschten. Dasselbe wiederholt sich, wie wir sehen werden, im kleinen in der Militärfrage, indem die revolutionär-demokratische Parole der Miliz zusammengeworfen wird mit der sozialistischen Miliz, die erst möglich ist nach Aufhebung der Klassen und nach völligem Absterben des Staates. Gerade die militärischen Aufgaben der proletarischen Revolution, die zwischen diesen beiden Bedeutungen des Wortes Miliz liegen, hat die II. Internationale vollkommen vernachlässigt.

Die Debatten über die Militärfrage in der WKP in den Jahren 1919 bis 1920 haben die richtige grundsätzliche Stellung von Marx und Engels in der Militärfrage wiederhergestellt. Die Stellung der WKP ist niedergelegt sowohl in den Thesen über „Unsere Politik in der Frage der Armeebildung“, wie auch im Parteiprogramm, in dem es heißt:

„Die Rote Armee als Waffe der proletarischen Diktatur muß notwendigerweise einen offenen Klassencharakter tragen . . . . Nur im Zusammenhang mit der Aufhebung der Klassen wird eine solche Klassenarmee sich in eine sozialistische Miliz des ganzen Volkes verwandeln.“

Es ist hier nicht der Platz, auf die Debatten über die Militärfrage in der WKP einzugehen; hier sei nur festgestellt, daß die Schaffung einer roten

\* Denn damit wird der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Phase des Kommunismus betont, der — wie Lenin sagt — „mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein wird“ (S. 93). Während in den kapitalistischen Ländern diese Unterscheidung noch nicht aktuell ist, so ist sie es schon in der Sowjetunion, die sich am Beginn der „ersten Phase“ befindet. Gerade dieser Punkt, die Verwechslung von erster und zweiter Phase des Kommunismus hat auch in der Ideologie der Opposition in der WKP eine Rolle gespielt. Dabei ist auch die Militärfrage aufgeworfen worden. (Siehe die Rede des Genossen Trotzki und die Antwort des Genossen Stalin, „Inprekorr.“-Sondernummer 3. S. 164.)

Klassenarmee, also eines stehenden Heeres direkt aus der Grundauffassung von Marx und Engels folgt. Sie ist nicht im geringsten zu vergleichen mit dem „Sündenfall“ der revolutionären und vulgär-demokratischen Bourgeoisie, sei es der französischen, nach der großen Revolution, sei es der deutschen nach 1866 und 1870, die in ihren jungen Jahren von einer Miliz geschwärmt, sich aber später „realpolitisch“ zum stehenden Heer und extremsten Militarismus bekehrt haben. Der Marxismus hat nie solche Milizpläne in der blauen Luft ausgeheckt. Er hat daher auch keinen realpolitischen „Sündenfall“ erlebt. Nur durchtriebene Reaktionäre oder völlige Ignoranten des Marxismus können solche Vergleiche ziehen.

Nehmen wir nun den zweiten grundsätzlichen Gesichtspunkt, unter dem Marx und Engels die Militärfrage betrachteten: dies ist die Abhängigkeit der Heeresorganisation und Wehrverfassung von der ökonomischen (und indirekt auch der allgemein kulturellen) Entwicklung der Gesellschaft. Wie der Staatsapparat im ganzen, so entwickelt sich auch der militärische Apparat mit der Veränderung der ökonomischen Grundlagen. In seiner Polemik gegen die Dühringsche „Gewaltstheorie“ sagt Engels:

„Nichts ist abhängiger von ökonomischen Bedingungen als gerade Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen. Nicht die freien Schöpfungen des Verstandes genialer Feldherren haben hier umwälzend gewirkt, sondern die Erfindung besserer Waffen und die Veränderung des Soldatenmaterials . . . . (Anti-Dühring, Stuttgart, 1921, S. 173.)

Diese Veränderung der ökonomischen Grundlagen (und des kulturellen Zustandes) der Gesellschaft wird unter der Diktatur des Proletariats die materielle Basis für das „Absterben“ (wie des Staates so) der stehenden Heere. In diesem Sinne bildet dieser Gesichtspunkt eine Ergänzung des zuerst entwickelten. Hier aber wollen wir ihn auf eine andere Frage anwenden, nämlich auf die Entwicklung des Militärwesens und speziell der Wehrverfassung in der bürgerlichen Klassengesellschaft. Wenn auch seit dem Sieg des Absolutismus über den Feudalismus die stehenden Heere die allgemeine Form der Militärmacht der Großstaaten sind, so wäre es doch ganz irrig, anzunehmen, daß diese „stehenden“ Heere stets dieselben geblieben sind. Hinsichtlich Bewaffnung, Taktik, Organisation ist dies klar. Das gilt aber auch hinsichtlich der Wehrverfassung, auf Grund deren sie aufgebracht wurden. Im Gegenteil: Wie der Kapitalismus die Technik und Organisation der Industrie umgewälzt hat und noch ständig umwälzt, so auch das Militärwesen und die Wehrverfassung der Staaten.

Die auslösende Rolle spielte hier vor allem die Waffentechnik.

„Im Anfang des 14. Jahrhunderts — schreibt Engels an der oben zitierten Stelle — kam das Schießpulver von den Arabern zu den Westeuropäern und wälzte, wie jedes Schulkind weiß, die ganze Kriegsführung um.“

Sie löst aus eine Umwälzung der Taktik. Die „geharnischte Kavallerie des Adels bricht zusammen“, das mit Büchsen bewaffnete Fußvolk entwickelt sich mehr und mehr zum taktisch entscheidenden Teil des Heeres, zum Grundstock der fürstlichen Söldnerheere.

„Es dauerte über 300 Jahre, bis ein Gewehr zustandekam, das zur Bewaffnung der gesamten Infanterie taugte. Erst Anfang des 18. Jahrhunderts verdrängte das Steinschloßgewehr mit Bajonett die Pike endgültig aus der Bewaffnung des Fußvolkes.“

Aber diese „stehenden Heere“ waren grundverschieden von dem modernen stehenden Heer.

„Das damalige Fußvolk bestand aus den stramm exerzierenden, aber ganz unzuverlässigen, nur mit dem Stock zusammengehaltenen, aus den verkommensten Elementen der Gesellschaft, oft aus gepreßten, feindlichen Kriegsgefangenen sich zusammensetzenden fürstlichen Werbesoldaten, und die einzige Kampfform, in der diese Soldaten das neue Gewehr zur Anwendung bringen konnten, war die Lineartaktik, die unter Friedrich II. ihre höchste Vollendung erreichte.“

Die Kriege der bürgerlichen Revolution gegen den Absolutismus bereiten ihre völlige Umwälzung vor durch die Ausbildung einer neuen, der Lineartaktik weit überlegenen Taktik. Im amerikanischen Befreiungskrieg wurden von den amerikanischen Farmern lockere Schützenschwärme mit Erfolg gegen die Lineartaktik der Engländer in Anwendung gebracht.

„Was die amerikanische Revolution begonnen, das vollendete die französische, auch auf militärischem Gebiet. Den geübten Werbeheeren der Koalition hatte sie ebenfalls nur schlecht geübte, aber zahlreiche Massen entgegensustellen, das Aufgebot der ganzen Nation. Mit diesen Massen aber galt es, Paris zu schützen, also ein bestimmtes Gebiet zu decken, und das konnte nicht ohne Sieg in offener Massenschlacht geschehen. Das bloße Schützengefecht reichte nicht aus, es mußte eine Form auch für die Massenverwendung gefunden werden, und sie fand sich in der Kolonne.“

Wir übergehen hier die taktischen Details, die bei Engels nachgelesen werden mögen, und richten unser Augenmerk speziell auf die Fragen der Organisation und Wehrverfassung.

„Diese neue, auf der Verbindung von Tirailleurs und Kolonnen und auf der Einteilung der Armee in selbständige, aus allen Waffen zusammengesetzte Divisionen oder Armeekorps beruhende, von Napoleon nach ihrer taktischen wie strategischen Seite vollständig ausgebildete Kampfweise war demnach notwendig geworden vor allem durch das veränderte Soldatenmaterial der französischen Revolution.“

War die neue Taktik der französischen Revolutionsheere durch die Verwendung von Massen nötig geworden, so hat sie umgekehrt nun auch eine Veränderung der Wehrverfassung erzwungen, um eine Verwendung großer bewaffneter Massen möglich zu machen. Das „revolutionäre System der Bewaffnung des ganzen Volkes“ — wie Engels sagt — wurde zwar bald wieder auf eine Zwangsaushebung (mit Stellvertretung durch Loskauf für die Begüterten) beschränkt, wurde aber in dieser Form von allen Staaten des Festlandes angenommen.

Bei der weiteren Entwicklung der Waffentechnik und der Verbesserung der Vorbildung des Soldatenmaterials durch die Bedürfnisse der Industriearbeit und durch das moderne Schulwesen war ein weiterer Schritt in der Richtung der Militarisation der Volksmassen unvermeidlich. Er ging von Preußen aus, das sich — wie oben erwähnt — die allgemeine Wehrpflicht bewahrt hatte.

„Mit dem deutsch-französischen Krieg — schreibt Engels — (S. 176) ist ein Wendepunkt eingetreten von ganz anderer Bedeutung als alle früheren . . . Dieser Krieg hat alle kontinentalen Großstaaten gezwungen, das verschärfte preußische Landwehrsystem bei sich einzuführen, und damit eine Militärlast, bei der sie in wenigen Jahren zugrunde gehen müssen. Die Armee ist Hauptzweck des Staates, ist Selbstzweck geworden; die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern und zu ernähren. Der Militarismus beherrscht und verschlingt Europa. Aber dieser Militarismus trägt auch den Keim seines eigenen Unterganges in sich. Die Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander zwingt sie einerseits, jedes Jahr mehr Geld auf Armee, Flotten, Geschütze usw. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen, andererseits mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr

und mehr ernst und damit schließlich das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen, es also zu befähigen, in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandierenden Militärrherrlichkeit durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse des Volkes — ländliche und städtische Arbeiter und Bauern — einen Willen hat. Auf diesem Punkt schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung. Was die bürgerliche Demokratie von 1848 nicht fertigbringen konnte, eben weil sie bürgerlich war und nicht proletarisch, nämlich den arbeitenden Massen einen Willen geben, dessen Inhalt ihrer Klassenlage entspricht, — das wird der Sozialismus unfehlbar erwirken. Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Armeen von innen heraus.

(S. 177. Sperrungen von mir. K. S.)

Damit hat Engels eine klare Bilanz gezogen über seine Untersuchungen der Entwicklung der Militärorganisation und der Wehrverfassung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die völlig entspricht der marxistischen Bilanz hinsichtlich der Frage des Staates. Manche spießbürgerlichen Theoretiker der alten II. Internationale, wie z. B. Kautsky, mag an dieser Bilanz der Frage der „Wehrverfassung“ erschreckt haben, daß sie ganz und gar nicht „verfassungsmäßig“ ausgeht. Daher haben sie gerade den letzten Satz bei allen Zitaten sorgfältig ausgelassen, ganz in derselben Art, wie sie die Marxschen Sätze über das Zerbrechen des bürgerlichen Staatsapparates verschwiegen haben (auf dem Kopenhagener Kongreß 1907 z. B. wurde ein Antrag der Bolschewiki über die Arbeit in den Armeen nicht einmal zur Verhandlung zugelassen).

Engels stellt also hier erstens fest, daß die modernen stehenden Heere der allgemeinen Wehrpflicht nicht direkt in die sozialistische Miliz übergehen, auch bei noch so demokratischer Ausgestaltung, sondern daß sie „gesprengt“ werden müssen. (Dieses „Sprengen“ der bürgerlichen stehenden Heere bedeutet aber keineswegs eine Absage an die für eine Zeitlang notwendigen stehenden Heere der proletarischen Diktatur.)

Zweitens sagt Engels, daß alle diese „demokratischen“ Reformen in der Richtung der allgemeinen Volksbewaffnung (bloß) wichtige Voraussetzungen ihrer revolutionären Sprengung sind. Dieser Punkt ist von grundlegender Bedeutung, wir werden später, bei Analyse der Auffassungen der II. Internationale auf ihn zurückkommen. Theoretisch zeigt sich hier ebenfalls eine Parallele zur Frage des Staates, beziehungsweise der demokratischen Republik, doch mit dem graduellen Unterschied, daß das Militärwesen die unterste und breiteste Basis des Staates ist, daß es in seiner Tendenz alle Bürger zu Rädchen an der Staatsmaschine machen will und ihnen zu diesem Zwecke nicht bloß einen platonischen Stimmzettel, sondern sehr materielle Waffen in die Hand drückt.

Und aus diesem Unterschied des Militärwesens vom Regierungsapparat im engeren Sinne (der politischen Spitze) ergibt sich als dritter wichtiger Punkt eine gewisse Parallele mit der Entwicklung der kapitalistischen Industrie. Die Fortschritte der militärischen Organisation und Technik, die fortschreitende Militarisation der Massen des Volkes sind zwar Mittel der Unterdrückung der Massen, andererseits kommt ihnen objektiv eine revolutionäre Bedeutung zu, nicht nur, weil sie die Sprengung der Heere, sondern auch schon die Elemente der neuen revolutionären Militärorganisation „im Mutterleibe“ der alten vorbereiten. Engels hat bei seiner Bilanz noch nicht den modernen Imperialismus im Auge

gehabt, sondern erst die Epoche seiner Vorbereitung. Nichtsdestoweniger sind seine Sätze auch heute noch durchwegs richtig. Lenin hat sie 1915 in seinem bekannten Artikel über die Losung der Abrüstung in klassischer Weise mit Bezug auf diese Epoche konkretisiert und weiter entwickelt.

Den dritten der erwähnten prinzipiellen Gesichtspunkte in der Behandlung der Militärfrage wollen wir nur knapp kennzeichnen, weil er später eine hinreichende Ausführung an Hand der konkreten Erfahrungen finden wird. Es ist dies der Satz, daß der Krieg bloß eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ ist und daher auch unbedingt ein notwendiges Mittel der revolutionären Politik des Proletariats sein wird. Daraus folgt, daß die Bewaffnung der revolutionären Klassen, vor allem ihres Hegemons, des Proletariats, die Voraussetzung jeder erfolgreichen Revolution ist. Aus der Bestimmung der strategischen Etappe der Revolution (demokratische oder sozialistische Revolution) ergibt sich, für welche die Bewaffnung zu stellen ist.

Diese These ist theoretisch ein Teil der Auffassung der Revolution als des Entstehungsprozesses eines neuen Staates, also auch neuer „besonderer Formationen bewaffneter Menschen“.

Aus ihr folgen zwei taktische Grundsätze: erstens, die Notwendigkeit des Uebergangs an einem gewissen Punkt des politischen Kampfes in den militärischen. Zweitens die Unterordnung der Militärpolitik unter die allgemeine Politik der revolutionären Arbeiterpartei.

Die unbedingte Unterordnung der Militärpolitik unter die allgemeine revolutionäre Politik bildet einen festen Rahmen für die politische Stellung der Massen zu den militärischen Fragen.

In diesem Rahmen aber bindet sich der Marxismus an keinerlei militärische Allheilmittel, sondern wählt vom fachmännischen Standpunkt die zweckmäßigsten und wirksamsten militärischen Maßnahmen, sowohl in Strategie und Taktik, wie auch in der Organisation und „Verfassung“ der bewaffneten Macht des Proletariats vor —, in und nach der Revolution.

Dies sind die grundlegendsten Gesichtspunkte, unter denen Marx und vor allem Engels an die militärischen Fragen und Erfahrungen der Kriege und Revolutionen herangetreten sind. Wir wollen in folgendem diese konkreten Erfahrungen ganz kurz skizzieren: Dabei kommen in Betracht erstens die Epoche der nationalen Kriege der 50er und 60er Jahre; zweitens die Revolutionen des 19. Jahrhunderts: die spanische Revolution gegen Napoleon, die Revolutionen von 1848 und die Pariser Kommune; drittens: die vorimperialistische Epoche von 1870/71 bis zum Beginn der Epoche des Imperialismus (d. h. etwa 1900).

S A W D A R :  
D I E A R B E I T E R K L A S S E I N D I E N S

Der bedeutendste Faktor der Dauerherrschaft der englischen Imperialisten in Indien war die politische Apathie und Neutralität der Volksmassen des Landes. Passivität und Trägheit der Werkstätigen waren so groß, daß sie den indischen Nationalisten die Möglichkeit gaben, Indien als eine besondere Schöpfung der Natur zu betrachten, wo es keine politischen Revolutionen zu geben brauche. Im Hinblick auf diese Passivität folgerten auch die englischen Imperialisten, daß Indien für die kommunistische Propaganda nicht empfänglich sei. Noch vor kurzem erklärte einer der prominentesten Anhänger dieser Ansicht in London:

„Ich glaube nicht, daß die russische Revolution und die Sowjet-Ideen in irgendeinem Maße auf Indien einwirken oder einwirken können. Der Charakter der Indier, ihre Religion und ihre Traditionen haben mit den modernen kommunistischen Ideen nichts gemein.“

Diese Behauptung trifft natürlich nicht zu, obwohl die bürgerlichen Führer des indischen Nationalismus sie gleichfalls teilen. Es genügt, auf die Erörterungen der Frage der Grundsteuer in der Gesetzgebenden Versammlung in Bombay hinzuweisen, wo eines der Mitglieder während seiner Rede sagte, daß die Regierung Indiens von den armen Bauern Steuern erhebe und dabei die materielle Lage derselben vollkommen ignoriere. Der Redner warnt die Regierung, indem er sagt:

„Wenn der Versuch Mahatma Gandhi's, die indische Gesellschaft umzugestalten, nicht von Erfolg gekrönt war, so wird nach ihm Mahatma Lenin kommen, der die indische Gesellschaft aus ihrem jetzigen Zustand erlösen wird.“

Lenins Todestag wurde in Indien durch Massenmeetings, die dem Andenken Lenins gewidmet waren, begangen. Der ungewöhnlich große Erfolg endlich, von dem die Reise Saklatvalas nach Indien begleitet war, war nichts anderes als eine gewaltige Demonstration der Solidarität der indischen Massen mit den kommunistischen Ideen.

Es unterliegt keinerlei Zweifel, daß die Standes- und Kastentraditionen in Indien noch stark sind und durch die englische Regierung weiterhin gefördert werden. Hierbei muß betont werden, daß die künstliche Unterstützung dieser Kasten ein großes Hindernis im revolutionären Kampfe der indischen Arbeiter bildet. Die Besonderheit dieser Kasten besteht darin, daß eine jede Kaste mit dem Beruf eines gegebenen Standes verbunden ist, und dieser Beruf seinerseits als Bestandteil der Daarma (Religion) gilt. Daß ein Bauer ruhig, ohne irgendwelchen Protest arbeitet -- ist deshalb religiöse Pflicht. Wenn aber ein Bauer oder Arbeiter die Sphäre seiner gewöhnlichen Tätigkeit verläßt, so verletzt er damit ein Prinzip der Daarma.

Der Nutzen einer solchen Daarma ist ganz offensichtlich. Wenn in Europa oder in anderen Ländern Menschen aus den niederen Gesellschaftsklassen den Gedanken an jenen Tag hegen können, wo irgendein Umsturz sie auf eine höhere soziale Stufe heben wird, so ist in Indien bei den indischen Massen die Möglichkeit des Auftauchens eines solchen Gedankens unter dem Kasten-



system im hohen Grade erschwert. Dieses System hat aus den indischen Massen gehorsame Sklaven der Engländer gemacht. Die englischen Lords und Ladys behaupten, sie hätten nirgends in der Welt so gehorsame Sklaven angetroffen wie in Indien. Am bemerkenswertesten an diesen Kasten ist, daß unter ihnen keinerlei Wechselbeziehungen bestehen, mit Ausnahme der groben Ausbeutung der einen durch die andern. Dank dem Fehlen geistiger Bande zwischen den ausgebeuteten Kasten ist der geistige Horizont ihrer Mitglieder überaus beschränkt. Als die Kasten entstanden, war ihre Anzahl auf vier beschränkt. In der Folge zerfielen sie in fast 3000 Unterabteilungen und leben vollkommen getrennt.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Indien beginnen aber diese Kasten zu verschwinden. Gegenwärtig arbeiten in der gleichen Fabrik sowohl Brahminen und Nicht-Brahminen, wie Mohammedaner und Inder. Die indischen im Vereine mit den englischen Kapitalisten säen jedoch Zwietracht unter Brahminen und Nicht-Brahminen in Madras und unter Indier und Muselmänner in den anderen Provinzen Indiens.

Auf solche Weise versucht der englische Imperialismus den revolutionären Kampf des indischen Proletariats zum Stillstand zu bringen. Dadurch gelang es dem englischen Imperialismus in den letzten Jahren in gewissem Maße, die revolutionäre Bewegung des indischen Proletariats aufzuhalten. Gegenwärtig aber beobachten wir einen neuen Aufstieg der revolutionären Bewegung des indischen Proletariats. Nach 1921, als das indische Proletariat als Klasse hervortreten begann, macht seine Klassenbewegung allerdings eine gewisse Depression durch, was beispielsweise aus folgenden Daten, die sich auf die Streiks in Indien beziehen, hervorgeht:

| Jahr           | Zahl der Streiks |
|----------------|------------------|
| 1921 . . . . . | 400              |
| 1923 . . . . . | 214              |
| 1924 . . . . . | 132              |

Im Jahre 1921 trugen die Streiks in der erdrückenden Mehrzahl der Fälle politischen Charakter. In der Folge traten sie in der Hauptsache jedoch nicht aus dem wirtschaftlichen Rahmen heraus. Gegenwärtig beginnt die revolutionäre Bewegung des Proletariats wiederum einen allgemeinen Klassencharakter anzunehmen. In den großen Arbeiterversammlungen werden Sympathieresolutionen für den Befreiungskampf des chinesischen Volkes angenommen. Der Streik der Bombayer Textilarbeiter, in den gegen 150 000 Arbeiter hineingezogen wurden, wird als ein Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung verzeichnet werden. Zu Beginn des Jahres 1927 brach auf der Bengalen-Nagpur-Eisenbahnlinie ein nicht weniger wichtiger Streik aus, an dem gegen 40 000 Arbeiter beteiligt waren. Hier überzeugten sich die Arbeiter augenfällig, daß die englischen Imperialisten die Herren der indischen kapitalistischen Unternehmen, einschließlich der Eisenbahnen sind, die, vertreten durch ihre englisch-indische Regierung, Truppen zur Niederschlagung der „auführerischen“ Arbeiter entsandten.

Da dieser Streik ein überaus wichtiges Ereignis in der Arbeiterbewegung Indiens ist, und in der Presse fast nichts über ihn berichtet wurde, so werden wir uns etwas eingehender mit ihm beschäftigen. Dieser Streik war nach Angabe von Augenzeugen grandioser als der Streik von 1921, als die „Non-Cooperation“-Bewegung (Nichtzusammenarbeit) alle gesellschaftlichen

Schichten Indiens aufwühlte. Der Streik ging, wie schon erwähnt, auf der Bengalen-Nagpur-Eisenbahnlinie vor sich. Diese Linie gehört, wie alle andern der englisch-indischen (englischen) Regierung und hat eine Länge von ungefähr 2000 englischen Meilen, gegen 60 000 Arbeiter werden auf dieser Strecke beschäftigt. Diese Eisenbahnlinie gehört einer Gesellschaft, deren Direktion in London ihren Sitz hat. Es gehören allerdings nur 22 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft, alle übrigen der Regierung. Alle höheren, einträglichen Stellungen befinden sich in den Händen der Anglo-Indier (d. i. der Engländer, die in Indien geboren sind). Ihre Zahl beträgt an 900. Das Gehalt dieser Beamten beläuft sich auf 500 bis 8000 Mark monatlich. Selbst die Stellungen der qualifizierten Arbeiter werden von Engländern bekleidet, deren Gehälter gleichfalls hoch sind.\*

Zwischen den englischen Arbeitern und den indischen qualifizierten Arbeitern herrscht auf Grund des Unterschiedes in den Lohnsätzen Rassenfeindschaft: sie liegen mit wenigen Ausnahmen beständig untereinander in Hader. Wenn der Arbeitslohn der indischen Arbeiter monatlich höchstens 18 Rupien beträgt, so ist natürlich nicht der englische qualifizierte Arbeiter daran schuld, sondern die Arbeiterpolitik der englischen Regierung. Der eben genannte Arbeitslohn der indischen Arbeiter — ist der allerhöchste. In den meisten Fällen pflegt er bedeutend niedriger zu sein und beträgt oft nicht mehr als 11 Rupien. Dieser Arbeitslohn bedeutet für die Arbeiter unter indischen Verhältnissen ständigen Hunger, denn selbst die statistischen Daten der englischen Forscher ergeben, daß der geringste Aufwand für die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft 30 Rupien im Monat erfordert. Es ist danach nicht verwunderlich, daß nahezu der gesamte Arbeitslohn für die Ernährung gebraucht wird.

Folgendes erfahren wir aus dem Bericht der englisch-indischen Regierung über Indien an das englische Parlament:

„Die Untersuchung des Budgets der Arbeiterklasse Bombays hat gezeigt, daß 56,8 Prozent des Lohnes für die Ernährung aufgewandt werden, 9 Prozent für Kleidung, 7,7 Prozent für die Hausrente, 7,4 Prozent für Beleuchtung und Petroleum und 15 Prozent für andere Bedürfnisse. Der allgemeine Eindruck, der sich bei der Analyse dieser Daten ergibt, legt uns die Schlußfolgerung nahe, daß die Verbesserung in der Lage der Arbeitermassen, die zurzeit vor sich geht, sich a n o r m a l l a n g s a m vollzieht.“  
(„Indien im Jahre 1924/25“.)

Dieser Auszug illustriert die bekannte These des Kommunistischen Manifestes, welche lautet:

„Ist die Ausbeutung durch den Fabrikanten so weit beendet, daß der Arbeiter seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“  
(„Kommunistisches Manifest.“)

Es ist gar keine Frage, daß die Lage der Arbeitermassen keinerlei Fortschritt und Besserung zeigt, sondern im Gegenteil sich unausgesetzt ver-

\* Indien ist überhaupt für die englischen Aristokraten eine unversiegbare Quelle der persönlichen Bereicherung neben den Vorteilen, die ihnen aus der unmittelbaren Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes wie seiner Bewohner zufließen.

Charakteristisch sind folgende Ziffern:

|            |   |                |
|------------|---|----------------|
| England    | Gehalt des Premierministers . . . . .     | 200 000 Rupien |
| Frankreich | Gehalt des Präsidenten der Republik . . . | 200 000 Rupien |
| Amerika    | Gehalt des Präsidenten der Republik . . . | 250 000 Rupien |
| Indien     | Gehalt des Vizekönigs . . . . .           | 400 000 Rupien |

schlechtert; denn während die Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs sehr gestiegen sind, bleibt der Arbeitslohn auf der früheren Höhe. Wenn diese Ziffern sich auch auf die Baumwollindustrie beziehen, so sind sie doch typisch für die Arbeiter aller Industriezweige in den nationalen, wie in den englischen Imperialisten gehörenden Unternehmen: die Lage der indischen Arbeiter ist überall gleich furchtbar. Selbst Engländer haben anerkannt, daß der Ernährungszustand der indischen Arbeiter bedeutend schlechter ist, als der der Insassen der indischen Gefängnisse.

Nicht weniger merkwürdig ist, daß die Unternehmer in den ersten zwei Wochen der Arbeit gar keinen Lohn zahlen. Dies zwingt den Arbeiter, sich an den Wucherer zu wenden, bei dem er ständig in der Schuld ist. In den indischen Fabriken herrscht bis auf den heutigen Tag das System der Strafe, die durch den Sardar — Aufseher — vollzogen wird. Diese bestrafen den Arbeiter ganz willkürlich. Bei Eintritt in die Fabrik müssen die Arbeiter an den Sardar als Bestechung eine bestimmte Summe abführen, die, mit 10 Rupien beginnend, bis zu 17 Rupien erreicht. Aber auch nach dem Eintritt in die Fabrik fährt der Sardar fort, von den Arbeitern monatlich einen bestimmten Betrag zu erheben. In dieser Art bereichern sich die Sardare auf Kosten der Arbeiter. Die Fälle sind nicht selten, in denen ein Sardar bei einem Gehalte von 120 Mark monatlich bei Verlassen seines Dienstes ein Vermögen von 13 000 Pfund Sterling besitzt, das er sich aus den Arbeitergroschen errafft hat.

Die Wohnverhältnisse sind eine weitere schmerzliche Seite im Leben der Arbeiter. In der Mehrzahl der Fälle wohnen die Arbeiter einige Meilen von der Arbeitsstätte entfernt und müssen, um rechtzeitig in der Fabrik zu erscheinen, 2 bis 3 Stunden früher aufstehen. Nach einer 12 stündigen Arbeitszeit begibt sich der Arbeiter wieder zu Fuß nach Hause. Wenn man die Stunden mit einbezieht, die die Arbeiter für den Gang zur Fabrik und umgekehrt gebrauchen, so verlängert sich ihr 12 stündiger Arbeitstag auf 15 bis 16 Stunden. In einigen großen Industriezentren wohnen die Arbeiter in der Nähe der Fabrik, doch sind diese Wohnungen überaus unhygienisch und gesundheitsschädlich. Der offizielle Inspektor schildert sie folgendermaßen:

„Gegen 14 Stunden von 24 befindet sich die Familie des Arbeiters in einer Atmosphäre voll Rauch und anderem Schmutz. Man kann in jedem Zimmer Tiere aller Art sehen, wie z. B. Ziegenböcke, Hühner und manchmal auch Affen. In vielen Zimmern konnte man auch Ratten sehen. Die Zimmer sind überfüllt. In einem Zimmer der zweiten Etage in der Größe von 25 mal 20 Meter sah ich 6 Familien wohnen; 6 einzelstehende Oefen auf dem Fußboden bestätigten es. Auf Anfrage erfuhr ich, daß die Zahl der in diesem Raume wohnenden Erwachsenen und Kinder — 30 beträgt. Drei von den sechs in diesem Zimmer wohnenden Frauen sahen ihrer Niederkunft entgegen. Als ich die mich begleitende Bezirkshebamme fragte, in welchem Raume die Geburten stattfinden würden, da zeigte sie mir einen Platz von 3 mal 4 Schritten, der für diesen Zweck mit einem Vorhang versehen war. Die Luft dieses Zimmers ist in der Nacht vom Rauch der 6 Oefen und von den aus allerlei Schmutz herrührenden Ausdünstungen erfüllt. Dieses Zimmer ist eines von den vielen, die ich gesehen habe.“

Das sind die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Indien!

Unter diesen Bedingungen ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Sterblichkeit unter den indischen Arbeitern, und besonders die Sterblichkeit unter den Kindern, ungewöhnlich hoch ist. In den reichen Stadtteilen solcher Industriestädte wie Bombay, Kalkutta, Allahabad usw. erreicht die Kinder-

sterblichkeit 80 bis 90 pro Tausend, während sie sich in den von Arbeitern bewohnten Stadtteilen zwischen 600 und 830 pro Tausend bewegt. Der mittlere Prozentsatz der Kindersterblichkeit in ganz Indien (alle Klassen einbegriffen) ist bedeutend höher als in irgendeinem anderen Lande der Erde. Die folgende Tabelle bestätigt dies:

Die Kindersterblichkeit in den verschiedenen Ländern

| Länder                | Jahr | Auf 100 lebend geborene Kinder |
|-----------------------|------|--------------------------------|
| England . . . . .     | 1924 | 7,5 Prozent                    |
| Frankreich . . . . .  | 1924 | 8,5 „                          |
| Belgien . . . . .     | 1924 | 10,7 „                         |
| Deutschland . . . . . | 1924 | 10,8 „                         |
| Spanien . . . . .     | 1923 | 13,5 „                         |
| Italien . . . . .     | 1918 | 16,1 „                         |
| Japan . . . . .       | 1922 | 16,6 „                         |
| Indien . . . . .      | 1921 | 19,4 „                         |

Die Untersuchungen in dieser Frage zeigen, daß mehr als zwei Millionen Kinder jährlich im Säuglingsalter sterben. Und das trotz der zwei Jahrhunderte währenden Herrschaft des britischen Imperialismus in Indien! Die Kinder der Arbeiter und Bauern können in dem „agrarischem“ Lande der Welt nicht das nötige Brot und die nötige Milch für ihre Ernährung finden. Es ist auch zu erwähnen, daß die durchschnittliche Lebensdauer des Inders infolge der schlechten und ungenügenden Ernährung bedeutend niedriger ist als in anderen Ländern. Durch folgende Tabelle wird dieses bestätigt:

Die durchschnittliche Lebensdauer in den verschiedenen Ländern

| Länder                       | Jahr | Mittlere Lebensdauer |
|------------------------------|------|----------------------|
| Norwegen . . . . .           | 1915 | 55,6 Jahre           |
| Südamerika . . . . .         | 1920 | 55,6 „               |
| Holland . . . . .            | 1915 | 55,1 „               |
| England . . . . .            | 1910 | 51,5 „               |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 1910 | 50,0 „               |
| Frankreich . . . . .         | 1910 | 48,5 „               |
| Deutschland . . . . .        | 1910 | 47,4 „               |
| Italien . . . . .            | 1910 | 47,4 „               |
| Japan . . . . .              | 1910 | 44,3 „               |
| Indien . . . . .             | 1921 | 24,7 „               |

Nimmt man die ersten 14 Jahre aus dem Leben des arbeitenden Inders aus, so ergibt sich, daß er nur 10 Jahre lang arbeiten kann — gegenüber 36 Jahren in den andern Ländern. Die Fabrikanten sind oft genötigt, Arbeiter aus anderen Provinzen vermittelt Agenten, die für diesen Zweck eigens da sind, herbeizuschaffen. Die Kinder werden durch diese Agenten im wahren Sinne des Wortes gekauft, indem den Eltern versichert wird, daß die gekauften Kinder in der Fabrik eine Lehre durchmachen würden. Die schutzlosen Kinder müssen einige Jahre ohne jedes Entgelt arbeiten. Auch gegenüber den Erwachsenen treffen die Unternehmer allerlei Maßnahmen, um sie an die Fabrik zu fesseln. So wird ihnen beispielsweise eine besondere Prämie versprochen, wenn sie 10 Jahre lang in der Fabrik arbeiten. In der Hoffnung auf diese Prämie schindet der Arbeiter in der Fabrik eifrigst ganze 10 Jahre, aber auch dann findet der Fabrikant schon seine Vorwände, um die versprochene Prämie nicht zu zahlen. Bis auf den heutigen Tag herrscht in Indien für Arbeiter die Prügelstrafe. In Krankheitsfällen erhalten die

Arbeiter keinerlei Gehalt. Die Frauen werden bei bevorstehender Niederkunft entlassen.

Trotz der immensen Zurückgebliebenheit der Arbeiter erwacht allmählich das Klassenbewußtsein in ihnen. Selbst die bürgerliche indische Presse sieht sich genötigt, dieses erwachende Klassenbewußtsein der indischen Arbeiter anzuerkennen.

„Das Problem des indischen Arbeiters — so lesen wir im Leitartikel einer der autoritativsten Zeitungen der Nationalisten, in dem „Amrit Bazar Patrit“ vom 22. I. 1927 — nimmt mit jedem Tage schärferen Charakter an. Die Arbeit des Werkstätigen ist ein vorzügliches Rohmaterial, aus dem man den Wohlstand Indiens wird aufbauen müssen; jedoch muß man die Arbeiterbewegung in eine richtige Bahn lenken, da sie sonst zu einer blutigen Revolution führen wird, die in ihrer Entfaltung selbst vor der Vernichtung des derzeitigen Regimes keinen Halt machen, sondern weitergehen wird und zu einem Zusammenbruch der Struktur der indischen Gesellschaft durch diesen politisch-wirtschaftlichen Umsturz führen kann.“

Anläßlich der dem Andenken Marx' gewidmeten Feier schrieb die „Bombay-Chronicle“:

„Die neue Generation der Inder nähert sich immer mehr der marxistischen Lehre und ist schon zu dem Schlusse gekommen, daß die Zukunft Indiens sich unvermeidlich im Lichte der von Marx aufgestellten und universell als erprobt anerkannten soziologischen Prinzipien gestalten werde.“

Dies Eingeständnis einer indischen nationalistischen Zeitung klingt wie ein großer Triumph der jungen Arbeiterklasse Indiens, denn noch vor kurzem, als die Arbeiterklasse sich nicht rührte, war die Devise der indischen Nationalisten: „Der Marxismus ist auf Indien nicht anwendbar“. Weiter sagt die Zeitung, daß die Arbeiterbewegung Indiens nicht mehr jung, sondern schon erwachsen sei usw. Und in der Tat, in der letzten Zeit hören wir aus allen Teilen Indiens von Unruhen und Streiks der Arbeiter. Es ist schwer, sie alle aufzuzählen. Der bedeutendste von diesen ist der oben erwähnte der Streik der Eisenbahner an der Bengalen—Nagpur-Eisenbahnlinie. Dieser Streik war einer der größten Zusammenstöße der Arbeiterklasse Indiens mit dem englischen Kapital. Da das englische Kapital fast in allen Zweigen der indischen Industrie eine beherrschende Stellung einnimmt, so ist es ganz natürlich, daß der Kampf der Arbeiterklasse Indiens die Form eines nationalen Kampfes in dem Sinne annimmt, daß es ein Kampf zwischen Indien und der Londoner City wird. Dies trat mit besonderer Deutlichkeit in diesem Streik hervor. Er war gegen die Herrschaft des englischen Imperialismus gerichtet, wenn auch seine Entstehung fast ganz durch wirtschaftliche Forderungen bedingt war. Diese Forderungen sind folgende: 1. Beseitigung der willkürlichen Entlassungen ohne Zustimmung der Verbände; 2. Erhöhung des vollkommen unzureichenden Arbeitslohnes; 3. bessere Behandlung der Arbeiter durch die Administration usw. Der Streik dauerte ungefähr einen Monat und endete März 1927 mit einer Niederlage infolge des Verrats der Gewerkschaftsführer. Man muß jedoch bemerken, daß dieser Streik, der zuerst nur an einer Station der Eisenbahnlinie ausgebrochen war, sich mit blitzartiger Schnelligkeit auf die ganze Linie ausdehnte. Die Arbeiter der anderen Industriezweige reagierten auf den Streik mit Sympathieresolutionen und materieller Unterstützung. Es wurde für einen allgemeinen Streik auf allen Eisenbahnlinien Indiens agitiert. Allmählich begann der Streik sich in eine grandiose Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital zu verwandeln — eine Auseinandersetzung, in

der die Kapitalisten ohne Unterschied der Nationalität sich in eine Reihe stellten. Während des Streiks erwies die Firma Tata und Co. — die bedeutendsten indischen Fabrikanten in der metallurgischen Industrie — den Streikbrechern und Engländern (den Besitzern der Bengalen—Nagpur-Eisenbahnlinie) ihre Unterstützung. Gerade durch den Klassencharakter des Streiks erklärt sich der hartnäckige Widerstand der englisch-indischen Behörden gegen denselben. Um die Arbeiter niederzuschlagen, wurden Truppen entsandt, die ohne vorhergehende Warnung auf die Arbeiter schossen, so daß viele Arbeiter getötet und verwundet wurden. So erziehen die Engländer die indischen Arbeiter! Im übrigen ist es nicht das erstemal, daß indische Truppen herangezogen werden, um „auführerische“ Arbeiter niederzumachen und zu beschwichtigen. Im Kalkuttaer Arbeiterstreik, beim Streik der Eisenbahner in Lahore, beim Streik der Straßenbahner in Kalkutta, beim Streik der Drucker, beim Streik der Post- und Telegraphenarbeiter und bei unzähligen anderen Streiks waren das einzige Mittel für die Bändigung der Arbeiter — englische Truppen. All dieses Blutvergießen erfolgte zwecks Wiederherstellung der Ordnung. Bemerkenswert ist, daß die Führer des Arbeiterverbandes ihre Weigerung zur Fortsetzung des Streiks gleichfalls mit Erwägungen der Ordnung motivierten: sie sagten, der Streik sei für den nationalen Handel schädlich und deshalb müßten die Arbeiter die Arbeit wiederaufnehmen.

Trotz der Niederlage wird dieser Streik der Geschichte der Arbeiterbewegung Indiens, der Geschichte der nationalen Bewegung als eine ihrer wichtigsten Etappen einverleibt werden. Die indischen revolutionären Nationalisten haben sich an einem konkreten Beispiel mit eigenen Augen davon überzeugt, welche Kraft die Arbeiterklasse darstellt. Die indischen Revolutionäre haben gesehen, daß, während die Widerstandsenergie der anderen unterdrückten Klassen sich an zahllosen Punkten des Gesellschaftsorganismus zersplittert, die Energie des Proletariats sich an wenigen, überaus empfindlichen Punkten desselben konzentriert, und daß das Proletariat hier alle „Besonderheiten“ — berufliche, religiöse, nationale usw. abwirft und sich in eine große, solidarische, festgefügte Armee von Kämpfern um eine bessere Zukunft verwandelt. Man muß an dieser Stelle im übrigen darauf hinweisen, daß es dem Hindu Sahaba zum Teile gelungen ist, unter den Streikenden eine indo-muselmanische Fehde hervorzurufen. Der Hindu Sahaba, eine Organisation von indischen Gutsbesitzern und Fabrikanten, wirkte hartnäckig auf die streikenden Hindus in der Richtung ein, die Arbeit wiederaufzunehmen, da an dem Streik auch Arbeiter anderer Gemeinschaften (Muselmanen) beteiligt seien. Die Arbeiter erkannten jedoch sehr bald, wohin die Forderungen des Hindu Sahaba zielten, und nur ein kleiner Teil derselben folgte seinen „geistigen Führern“. Während des Streiks schrieb eine stockbürgerliche Zeitung:

„Die an dem Streik beteiligten Arbeiter sind schon von den Ideen und Idealen des Kommunismus angesteckt. Sie empfinden die Krankheiten und schlechten Seiten des Kapitalismus sehr scharf und glauben — wohl irrtümlicherweise —, der Kommunismus könne diese Krankheit beseitigen. Sie erheben sich gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums.“ (Bengali vom 27. Februar 1927.)

Der Zitate aus bürgerlichen Zeitungen, die das erwachende Klassenbewußtsein und die ungeheure Bedeutung des indischen Proletariats im Kampfe gegen den englischen Kapitalismus anerkennen, könnte man eine ungezählte

Menge anführen. Von Bedeutung ist, daß aus diesen Anerkennungen bestimmte revolutionäre Schlußfolgerungen für die national-revolutionäre Bewegung gezogen werden. Gegenwärtig wird der Arbeiterklasse Indiens eine stetig zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt. In allen revolutionär-nationalistischen Organisationen werden Programme ausgearbeitet, die für die Arbeiter- und Bauernmassen bestimmt sind. Endlich entschließt sich auch die Konferenz des Indischen Nationalkongresses, ein Arbeiter- und Bauernprogramm zu diskutieren. In einigen nationalistischen Kreisen wird selbst die Idee der Gründung einer Arbeiteruniversität in Indien erwogen — einer Universität, deren Aufgabe in der Heranbildung von Führern für die Arbeiterbewegung des Landes bestehen soll. Die „Bombay Chronicle“ schreibt jetzt, daß, sobald die Arbeiter Indiens im Nationalkongreß ihre Vertreter haben werden, Indien auch vom Imperialismus befreit würde.

„Der Grund dafür, daß Indien bis jetzt seine Unabhängigkeit nicht erobert hat, — so schreibt dieses Blatt — ist darin zu suchen, daß die Intelligenz und die Kapitalisten die Arbeiter unter der Fuchtel hielten; die chinesischen Ereignisse haben uns jedoch mehr als alles andere die große östliche Lehre zuteil werden lassen, die darin besteht, daß die Arbeiter und Bauern, sobald sie sich vereinigen, sehr schnell in der Lage sind, den Staatsapparat in ihre Hände zu bringen.“

Die politisch-wirtschaftlichen Streiks, die den indischen Nationalisten zeigten, welch wichtiger Faktor die Arbeiter in der national-revolutionären Bewegung des Landes sind, und die chinesischen Ereignisse — das sind die beiden Ursachen, die die Aufmerksamkeit der revolutionären Nationalisten gegenüber der Arbeiterfrage Indiens geschärft und gesteigert haben. Der revolutionierende Einfluß der chinesischen Revolution und die Entwicklung des revolutionären Kampfes der Massen in Indien sind ungeheuer. Der „Forward“, das Zentralorgan der Swarajisten-Partei, zieht die Bilanz des Einflusses der chinesischen Revolution auf die nationale Befreiungsbewegung Indiens wie folgt:

„Der von Sun Yat-sen gestreute Same des Nationalismus hat offenbar für China seine Früchte getragen. Wird etwa Indien allein ewig unter der Fuchtel des ausländischen Imperialismus bleiben? Nein. Wir sind jetzt zu dem Schlusse gekommen, daß man mit Argumentationen und Debatten beim Imperialismus nichts erreichen kann. Von jetzt ab muß unsere Politik die Kräfte der nationalen Bewegung so organisieren, daß die Ausbeutung Indiens durch die Imperialisten zuerst schwierig und dann unmöglich gemacht wird. Das kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Volksmassen dieses Landes entschlossen sind, aus allen Kräften sich dem Ausbeuter zu widersetzen. Die Arbeit der nationalen Befreiung kann nicht ein kleiner Teil der Nation vollbringen, wie begütert er auch sein möge. Die Klassen, die schonungslos ausgebeutet werden, die Klassen, mit denen der Imperialismus zu keinem Uebereinkommen gelangen kann, ohne sich selbst aufzugeben, müssen bewußt zur Avantgarde der nationalen revolutionären Kräfte werden, und müssen ihre unerschöpfliche Kraft für die Eroberung der Unabhängigkeit Indiens einsetzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die nationale Bewegung langsam, aber unvermeidlich diesen Kurs einschlägt.“ („Forward“, 8. April 1927.)

Dieses etwas lange Zitat aus dem „Forward“ haben wir einmal deshalb angeführt, weil der „Forward“ als Zentralorgan der Swarajisten-Partei wie des Indischen Nationalkongresses und damit zugleich das Zentralorgan des indischen Nationalismus in seiner Gesamtheit ist und infolgedessen, andererseits, auf eine neue Richtung hinweist, die dem indischen Proletariat das Recht zuerkennt, Führer der nationalrevolutionären Bewegung Indiens zu sein. In der Kampagne für die Organisation der Arbeiter erklingt jedoch in

etlichen Kreisen noch manche falsche Note. So sagte beispielsweise der Präsident des Allindischen Nationalkongresses in einer Versammlung der Eisenbahner:

„Wir müssen die Arbeiter organisieren, um den Swaraj zu erobern. Ohne Hilfe des Kongresses ist die Arbeiterbewegung nicht imstande, etwas zu tun.“ („Bombay-Chronicle“ vom 29. Januar 1927.)

Der Vorsitzende des Allindischen Nationalkongresses spricht wie ein wahrer Vertreter der Bourgeoisie. Nach wie vor steht er auf dem Standpunkt, daß wir „die Arbeiter organisieren müssen“, daß ohne „unsere“ Unterstützung die Arbeiter nichts machen können. Er möchte die Arbeiterbewegung als Kanonenfutter für die bürgerliche Revolution benutzen. Die richtige Einstellung der Nationalisten muß darin bestehen, den nationalen Kampf als Kampf der Arbeiter- und Bauernmassen und nicht als Kampf der nationalen Bourgeoisie zu behandeln, in dem die Arbeiter lediglich ausgenützt werden müssen.

Die Arbeitermassen sind bisher nur schlecht organisiert. Indien, das eines der fünf Industrieländer mit einer Armee von vier Millionen Industriearbeitern ist, steht in bezug auf die Organisiertheit derselben an letzter Stelle: von vier Millionen Industriearbeitern sind nur 110 000 im Indischen Kongreß der Trade-Unions organisiert. Es bestehen allerdings eine große Zahl von Gründen, die weder von den indischen revolutionären Nationalisten noch von den Arbeitern abhängig sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, welch großes Hindernis für die Vereinigung der Arbeiter ihr Analphabetentum bildet, das eine Einwirkung auf die Arbeiter durch die Presse usw. überaus schwierig macht. Wir bringen weiter unten Angaben über das Analphabetentum in Indien im Vergleiche mit anderen Ländern:

| Länder            | Schreibkundige<br>in Prozenten | Welche Mittel die Regierung für die<br>Ausbildung eines Menschen aufwendet: |      |
|-------------------|--------------------------------|---|------|
|                   |                                | Rupien  | Anna |
| Amerika . . . . . | 95,4                           | 16  | 4    |
| England . . . . . | 93,5                           | 9   | 2    |
| Japan . . . . .   | 97,5                           | 8   | —    |
| Indien . . . . .  | 5,2                            | —   | 2    |

Die englischen Imperialisten sind keineswegs an einer Aufklärung der Volksmassen interessiert; sie fürchten sie. Die englisch-indische Regierung ist bemüht, die Entwicklung der Indischen Trade-Unions in eine apolitische reformistische Bahn zu lenken. Die Trade-Unions Indiens haben sich unmittelbar unter Leitung der englisch-indischen Regierung gebildet. Als in Indien nach dem Weltkriege eine umfassende Arbeiterbewegung einsetzte, brachten die Engländer durch unbedeutende Zugeständnisse an die Arbeiter diese unter ihre Führung, und bis auf den heutigen Tag sind die Führer der Indischen Trade-Unions die konservativsten Elemente in der Arbeiterbewegung Indiens. So sagte zum Beispiel der Vorsitzende des Allindischen Kongresses der Trade-Unions, der im März 1927 in Delhi tagte, daß die Aufgabe der Trade-Unions in Indien die Herstellung gerechter Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital sei. „Das Kapital muß nach wie vor seine Rolle spielen, jedoch unter gerechteren Bedingungen“. Ein anderer Führer der Trade-Unions in Madras schreibt in seinem Buche „Die Arbeit in Madras“:



„Von Anbeginn des Auftauchens unserer Arbeitervereinigungen habe ich den Arbeitern stets geraten, keine groben Kampfmethoden anzuwenden, die unserer Zivilisation und Kultur nicht anstehen. Unsere Wege müssen stets konstitutionelle, friedliche und evolutionistische sein. Alle groben Methoden, deren Anwendung eine Verletzung des Kapitalisten bedeutet, müssen von uns abgelehnt werden. Ich bedaure sehr, daß meine Ratschläge in dieser Richtung nicht immer befolgt werden, und muß erklären, daß meine Sympathien in dieser Frage voll und ganz auf der Seite der Fabrikanten sind.“ („Die Arbeit in Madras“, S. 59.)

Dieses Zitat ist vollkommen charakteristisch für alle Führer der jetzigen Trade-Unions. An der traurigen Lage der Arbeiterorganisation sind allerdings in der Hauptsache die revolutionären Nationalisten selber schuld, denn es ist klar, daß kein anderer als sie den Kampf gegen die Arbeitervereinigungen in Indien geführt haben. Die indischen revolutionären Nationalisten der nationalistischen Schule (und diese Schule ist bis auf den heutigen Tag zum Teil noch die beherrschende Schule im indischen Nationalismus) haben stets behauptet, daß die Organisation der Arbeitervereinigungen den Klassenkampf auf dem geheiligten Boden Indiens erzeugen werde. Sie begriffen nicht, daß der Klassenkampf in Indien schon längst vorhanden ist. In der letzten Zeit hat sich in den Kreisen der indischen Nationalisten unter dem Einfluß der Agitation und Propaganda der indischen Kommunistischen Partei die Losung „der Organisation der Arbeiter und Bauern“ für alle revolutionären Nationalisten Geltung verschafft. Die Arbeiterbewegung selbst ist mit der derzeitigen Führung nicht zufrieden; in den Arbeiterverbänden bildet sich eine oppositionelle Stimmung. Unter dem Einfluß dieser Stimmungen ist selbst ein so reformistisches Organ wie der „Allindische Kongreß der Trade-Unions“ gezwungen, die Notwendigkeit der Bildung einer selbständigen politischen Partei der Arbeiter- und Bauernmassen anzuerkennen. Das Ziel der Partei müsse „die Eroberung der vollkommenen Unabhängigkeit Indiens von der ausländischen Herrschaft“ sein. Die Anerkennung der Notwendigkeit einer solchen Partei bildet einen großen Fortschritt in der Entwicklung der revolutionären Bewegung Indiens, da damit durch den Indischen Kongreß der Trade-Unions offiziell widerlegt wird, daß die Arbeiterorganisationen apolitisch seien.

Unter dem Einfluß der revolutionären Stimmungen der Arbeiter einerseits und der Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Anhänger des Indischen Nationalkongresses andererseits, — erklären auch die Führer des letzteren die Notwendigkeit einer Veränderung des Programms der revolutionären Bewegung. Mit der fortschreitenden Annäherung des indischen Kapitals an den englischen Imperialismus und mit der Konzentrierung des Kapitals in den Händen einiger weniger Kapitalisten, sieht die Kleinbourgeoisie Indiens immer klarer, daß ihre Interessen mit denen der Arbeiter zusammenfallen. Diesbezügliche Untersuchungen haben gezeigt, daß Indien ein Land größter Armut und größten Reichtums ist. Daher die immer lauter werdenden Stimmen der Massen, die in bestimmter Weise ein revolutionäres Programm fordern. Jener ungewöhnlich große Erfolg, von dem die Reise des Kommunisten Saklatvala durch Indien begleitet war, zeigt konkret, welches dieses Programm sein wird und sein muß.

Der Umstand, daß die Arbeiter- und Bauernmassen Indiens, die Kleinbourgeoisie der Städte sich des Gegensatzes ihrer Interessen gegenüber den Interessen der bürgerlichen Führer des indischen Nationalismus bewußt sind,

sichert den Erfolg des Programms der indischen Kommunistischen Partei. Der glänzende Edelstein in der britischen Krone wird dem britischen Imperialismus bald viel zu schaffen machen.

— R —

## DIE SCHAUKELPOLITIK DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE\*

Die politische Linie der führenden Gruppen innerhalb der deutschen Bourgeoisie muß man sich in der Regel in den Leitartikeln der Zeitungen und den Reden führender Politiker zusammensuchen. Bis heute fehlt noch völlig der Typus der großen politischen Zeitschrift, wie sie etwa in England oder Frankreich existiert, um dem Leser der Tagespresse die Orientierung über die verschiedenen politischen Parteien zu erleichtern. Wenn man von einigen Zeitschriften linksdemokratischer Außenseiter absieht, die eine gewisse Verbreitung finden, so ist festzustellen, daß die bürgerliche Zeitschriftenliteratur Deutschlands außerordentlich schwach verbreitet ist. Das hat seine Ursachen zum Teil darin, daß die Zeitschriften, soweit das möglich ist, noch langweiliger sind als die deutsche bürgerliche Tagespresse.

Eine gewisse Ausnahmestellung nimmt innerhalb der bürgerlichen politischen Zeitschriftenliteratur der „Deutschen-Spiegel“ ein. Es ist dies das Organ des sogenannten Reichsbürgerausschusses, der Zentralorganisation der deutschen Reaktion, die durch die Bewerkstelligung der Hindenburg-Wahl eine Zeitlang in aller Munde war. Der Reichsbürgerrat ist eine offene Klassenvertretung überparteilichen Charakters, der entstanden ist als konservatives Gegengewicht gegen die politische Rätebewegung und diese lange überlebt hat. Wir finden unter den Führern dieser Organisation vor allem Anhänger der deutschen Volkspartei (Stresemann), und der Deutschnationalen. Führend in der Politik dieser Zeitschrift sind jene reaktionären Elemente, die sich mit der Republik „abgefunden“ haben und sie als einen günstigen Boden für ihre monarchistischen Manöver betrachten.

Aus diesem Grunde verdient diese Zeitschrift größeres Interesse als die anderen deutschen bürgerlichen Organe. Wir finden hier die halbamtliche deutsche Auffassung in außenpolitischen Dingen. Innerhalb des gegenwärtigen Bürgerblocks stellt die Gruppe, deren Auffassung im „Deutschen-Spiegel“ vertreten wird, das konservative, reaktionäre Element dar. Unter Wahrung des Scheines der Ueberparteilichkeit wird eine Politik vertreten, die sich deckt mit der Klassenpolitik der Nationalliberalen und selbst der Konservativen der Vorkriegszeit.

Es ist nicht der Mühe wert, sich mit den innenpolitischen Artikeln dieser Zeitschrift zu beschäftigen. Schon der „Wochen-Spiegel“, eine kurze Chronik, die jede Nummer einleitet, atmet reaktionären Geist. Geistreiche Ideen, wie freiwillige Mehrarbeit, Abschaffung der Arbeitszeitbeschränkungen wechseln ab mit „tiefgründigen Analysen“ über den „feministischen“ Charakter der Demokratie und der Unmöglichkeit der Mitarbeit der Frauen am politischen Leben. Unterhaltend ist auch, wie rücksichtslos der dem deutschen Auswärtigen Amt sehr nahestehende Chefredakteur, Dr. Kriegk, die Hintergründe der deutschnationalen Politik demaskiert, z. B. in der Frage der Zustimmung der Deutschnationalen zum Republikenschutzgesetz. Er sagt darüber, daß diese Bestimmung das Reichskabinettn keineswegs dazu zwingt, die Einreise des Kaisers zu verbieten, sondern nur die Möglichkeit dazu gibt.

Wesentlich interessanter aber ist der außenpolitische Teil der Zeitschrift, denn hier kommt die Auffassung der Leute zum Ausdruck, die tatsächlich die deutsche Außenpolitik machen. Stresemanns Bierbankdiplomatie wird letzten Endes nur deshalb geduldet, weil die hinter der heutigen deutschen Regierung stehenden Kräfte glauben, daß seine Plumpheit in der gegenwärtigen Situation sehr gute Dienste leisten kann.

\* „Der Deutschen-Spiegel“, politische Wochenschrift, herausgegeben von Erich Haeuber, Jahrgang 1927. Nr. 1—22.

Dabei muß betont werden, daß diese großbürgerlichen Kreise viele Dinge der internationalen Politik wesentlich klarer und nüchterner sehen, als die rettungslos in der Völkerbundsmagogie gefangene Sozialdemokratie. Offen wird z. B. von der Kriegsgefahr gesprochen. Ebenso nüchtern stehen diese Herren den chinesischen Ereignissen gegenüber.

Überall und aus allen Artikeln geht klar hervor, daß die Außenpolitik, die der Bürgerblock betreibt, nur sehr bedingt als „Ost-Orientierung“ angesehen werden konnte. Die Herren vom Auswärtigen Amt, die noch einigermaßen nach Osten orientiert sind, suchen im Osten nicht mehr, wie gewisse romantische Schwärmer 1923, einen Bundesgenossen, sondern einen Markt, den man mit friedlichen Mitteln zu durchdringen versucht. Das gilt ebenso für die chinesische Politik der deutschen Bourgeoisie. Über China finden wir eine ganze Reihe interessanter Artikel, in denen überall die Perspektive der Eroberung des chinesischen Marktes durch Deutschland gestellt wird.

Was die Rußlandpolitik betrifft, so ist auch hier charakteristisch, daß der „Deutschen-Spiegel“, der sich zunächst dem Eintritt in den Völkerbund widersetzte, heute seine Stellung wesentlich geändert hat. So schreibt man z. B. in Nr. 20 (Seite 920)\*:

„Deutschland ist heute nicht in der Lage, sich einseitig gemäß dem landläufigen Wort nach Osten oder Westen zu orientieren, aber Deutschland hat heute doch noch dank seiner zentralen Lage und seiner wirtschaftlichen Potenz soviel Kraft und politische Bedeutung, daß es seine freundschaftlichen Beziehungen zu der Sowjetunion aufrechterhalten kann. Es wird dies um so mehr tun und diese Beziehungen noch verstärken, wenn es, wie bisher, von England und Frankreich und deren Satelliten en canaille behandelt wird . . . Die Frage, die in London zwischen Briand und Chamberlain besprochen wird, kann man zusammenfassen in dem politischen Ziel der Kontrolle Chinas, Rußlands und Deutschlands. Die Rohstoffländer und Absatzmärkte China und Rußland sollen nach althergebrachtem imperialistischen Rezept ausgebeutet werden und der Konkurrent und Unternehmer Deutschland, der sich trotz des Dawes-Plans und der Kriegslasten wieder lästig auf dem Weltmarkt bemerkbar macht, soll wieder fester in das Netzwerk des Versailler Vertrages verstrickt werden.“

Mit anderen Worten: Ostorientierung, weil Deutschland keinen genügenden Anteil an der Ausbeutung der Kolonien durch die imperialistischen Mächte erhält. Wesentlich klarer demaskiert der „Deutschen-Spiegel“ die Ziele der deutschen Außenpolitik dort, wo die Frage der Neutralität behandelt wird. In Nr. 22 (3. 6. 27):

„In Deutschland haben sich alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten offiziell (!) für die Aufrechterhaltung der Neutralität erklärt. Es ist ganz selbstverständlich. Es wäre geradezu Wahnsinn, wenn man in Deutschland jetzt eine Option für Rußland oder eine Option für England proklamieren oder gar praktisch versuchen würde. Daß wir von Rußland wirtschaftlich nicht mehr viel zu erwarten haben, beweisen am besten die Propagandameldungen . . .“

Also vorläufige strikte Neutralität unter gleichzeitiger Betonung, daß von Rußland nicht mehr viel zu holen ist. Warum aber Neutralität? Darüber schreibt derselbe Dr. Kriegk in Heft Nr. 21 in einem Artikel: „Nationale Einheit in der deutschen Außenpolitik“:

„Zugegeben, daß Chamberlain sich heute ein scharfes Wort gegen Rußland in Genf gestatten und morgen eine hinhaltende Politik treiben kann. Auch Briand kann heute so und morgen so sprechen. Aber nicht der deutsche Außenminister, denn er hat kein Heer hinter sich.“

Also Deutschland braucht eine Armee, und bis dahin muß es neutral sein. Aber warum?

„England und Frankreich können — darin liegt die ungeheure Gefahr — den Konflikt mit Rußland, wenn sie wollen, auch ohne uns und damit gegen uns zu einem glücklichen Ende führen.“

Was ist ein glückliches Ende in diesem Sinn? Kriegk wird in demselben Artikel noch deutlicher.

\* Unterstreichungen des Verfassers.

„Gerade der Außenminister, der wirklich ehrlich die vom ganzen deutschen Volk vertretene Politik des Friedens will, muß etwas tun, um vom ersten Augenblick an, wo die Möglichkeit eines offenen Konflikts zwischen Rußland und dem Westen gegeben ist, gerüstet zu sein für die Verteidigung der Neutralität, oder, wenn die Neutralität sich im letzten Augenblick nicht aufrecht erhalten lassen sollte, für die Sicherung seines Landes bei einer neuen Verbindung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Europa und im Osten.“

Das genügt. Die deutschen Imperialisten verheimlichen nicht mehr, daß sie Angst haben, bei der Aufteilung Europas und der Kolonien zu spät zu kommen und daß sie aus diesem Grund die Bewaffnung Deutschlands fordern. Sie sind dabei vorsichtiger als die Sozialdemokraten und die Freunde Englands im Deutschen Reichstag. Mit Recht sagt Kriegk in seinem Artikel „Nach dem Bruch zwischen England und Rußland“ in Heft Nummer 22:

„Man könnte sich denken, daß die II. Internationale, die deutsche Sozialdemokratie miteingeschlossen, eine Neigung nach dem Westen wünscht, vorausgesetzt, daß man äußerlich mit dem Begriff der Neutralität auskommt.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Charakteristik richtig ist, und folgender Satz aus dem Artikel „Deutschland und die Entente cordiale“ könnte in seiner Verwaschenheit wörtlich im „Vorwärts“ stehen.

„Deutschland hat weder ein Interesse daran, daß die guten Beziehungen zur Sowjetunion in gewaltsamer Weise vernichtet werden . . . Aber noch weniger Interesse hat Deutschland daran, sich in eine gemeinsame Front gegen die Sowjetunion einspannen zu lassen, da das entwaffnete Deutschland jedes Hineinziehen in einen kriegerischen Konflikt oder auch nur in einen Wirtschaftskrieg gegen ein anderes Land vermeiden muß.“

Geschäfte mit Rußland wollen die Herrschaften nach allen Kräften machen. Solange es eben geht. Wenn ihnen aber die Imperialisten Waffen in die Hand geben, so werden sie sich aktiv am Krieg beteiligen. Die Neutralität der deutschen Regierung ist ebenso „derzeitig“ wie ihre Minister „derzeitige“ Republikaner sind.

Daß die reaktionäre deutsche Bourgeoisie auch genau weiß, was der Völkerbund bedeutet und wie sie diesen Völkerbund ausnützen kann, zeigt die Einschätzung des Eintritts in den Völkerbund durch einen der unermüdlichen Kolonialprediger, Professor Hennig, in einem Artikel: „Heraus mit unseren Kolonien“ in Heft Nr. 10:

„Man mag Deutschlands Beitritt zum Völkerbund begrüßen oder beklagen, zum Völkerbund, der in jedem Fall den Beweis seiner Objektivität und Unparteilichkeit bisher noch ganz und gar nicht geliefert hat — das eine ist nicht zu verkennen: nur über das Genfer Sprungbrett können wir zur Zeit wieder in den Besitz von Kolonien gelangen.“

Daß die Sprecher der deutschen Imperialisten sicher sein können, nicht nur im Namen des reaktionären Bürgerblocks zu sprechen, sondern im Namen aller „salonfähigen“ deutschen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, ist kein Geheimnis. Der Außenpolitiker mit dem fatalen Namen Kriegk sagt es auch in seinem Artikel „Nationale Einheit in der deutschen Außenpolitik“ in Heft Nr. 21:

„Der Außenminister möge die außenpolitischen Sachverständigen aller Parteien von den Deutschnationalen bis einschließlich der Sozialdemokraten einladen zu einer Konferenz über die künftige Außenpolitik des deutschen Reichs . . . Dann möge der Außenminister sich Rat holen. Er wird ihn rechts, er wird ihn in der Mitte, er wird — auch das sei offen ausgesprochen — ihn bei der Sozialdemokratie finden.“

Nach dem Kieler Parteitag kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Sprecher der Bourgeoisie recht haben, wenn sie mit der dauernden Unterstützung von seiten der Sozialdemokratie rechnen. Die Sozialdemokratie macht die Schaukelpolitik Stresemanns mit, denn diese Politik des Verschleierns der Tatsachen, des Verschleierns der imperialistischen Ziele ist ihre Politik.

Der Bürgerrat, an dessen Spitze ein ehemaliger kaiserlicher Minister steht, der in der imperialistischen Propaganda der Vorkriegszeit schon eine Rolle gespielt hat, ist offen-

---

herziger: zwar spricht er auch von Neutralität, aber er nennt den Preis, für den Deutschland zum Krieg zu haben sein wird: Bewaffnung und Kolonien.

So falsch es wäre zu glauben, daß Deutschland heute schon endgültig in die Front Englands eingeschwenkt ist, so wesentlich ist es doch, die Tatsache zu unterstreichen, daß die deutsche Bourgeoisie aus ihren wahren politischen Zielen kein Geheimnis mehr macht. Die Forderungen der deutschen Bourgeoisie, wie sie der „Deutschen-Spiegel“ ununterbrochen wiederholt, sind nicht unerfüllbar. Ihre Erfüllung liegt im Rahmen der Möglichkeit des englischen Imperialismus. Die deutsche Bourgeoisie fordert nicht mehr Elsaß-Lothringen, sie fordert nicht mehr Westpreußen, sie fordert Kolonien und Armee. Um das zu erreichen, droht sie mit der friedlichen wirtschaftlichen Durchdringung der heute entscheidenden Länder: der Sowjetunion und Chinas. Das ist der Kern der Neutralität. Die Sozialdemokraten sollten an Stelle des „Vorwärts“ und der „Gesellschaft“ lieber den „Deutschen-Spiegel“ zur Hand nehmen. Sie könnten dort eher sehen, wohin die Reise der Breitscheid, Hilferding und Wels geht.

# Die Konsumgenossenschaften in der USSR

von

N. P O P O W

Direktor des Bildungsdepartements des Zentrosojus

Aus dem Inhalt:

- I. Kurzer historischer Ueberblick  
Die ersten Anfänge / Mißerfolge der ersten Gründungen / Die abhängigen  
Werkkonsumvereine / Der Anfang des Zentrosojus / Die Rechtslage der  
Genossenschaften während des Zarismus / Während des Weltkrieges /  
Die Revolution von 1905 / Die Februarrevolution 1917 / usw.
- II. Die gegenwärtige Stellung der Konsumgenossen-  
schaften im System der Sowjetwirtschaft  
Vom Bürgerkrieg zum sozialistischen Aufbau / Die Konsumgenossen-  
schaften als Elemente des Sozialismus / Rechtliche Stellung und Ver-  
günstigungen der Genossenschaften / usw.
- III. Die Struktur des konsumgenossenschaftlichen  
Systems der Sowjetunion  
Das Organisationssystem der Konsumgenossenschaften / Die Haupt-  
glieder des Genossenschaftssystems / usw.
- IV. Die Konsumgenossenschaften auf dem Lande  
Allgemeine Charakteristik der ländlichen Konsumgenossenschaften /  
Organisation der Verwaltung und Kontrolle / Handelstätigkeit / usw.
- V. Die Arbeitergenossenschaften  
Aufgaben und Charakter der Arbeitergenossenschaften / Das Netz der  
Genossenschaften und Läden / usw.
- VI. Der Aufbau der Verbände  
Die Rolle der Verbände im System der Sowjetgenossenschaften / Organi-  
sationstätigkeit der Verbände / usw.
- VII. Der Zentrosojus  
Die Entwicklung des Zentrosojus und seine Rolle in der Genossenschafts-  
bewegung / Die Organisationsarbeit des Zentrosojus / Die Geschäftstätigkeit  
des Zentrosojus / Die Export- und Importoperationen / Die Betriebsmittel  
des Zentrosojus / usw.
- VIII. Die Eigenproduktion der Konsumgenossen-  
schaften  
Umfang und Charakter der genossenschaftlichen Eigenproduktion / Der  
Anteil am Warenverkehr des Landes / usw.
- IX. Die Rolle der Konsumgenossenschaften im Waren-  
verkehr des Landes
- X. Die Sowjetgenossenschaften in der internationalen  
Genossenschaftsbewegung

71 Seiten

Preis 50 Pfennig